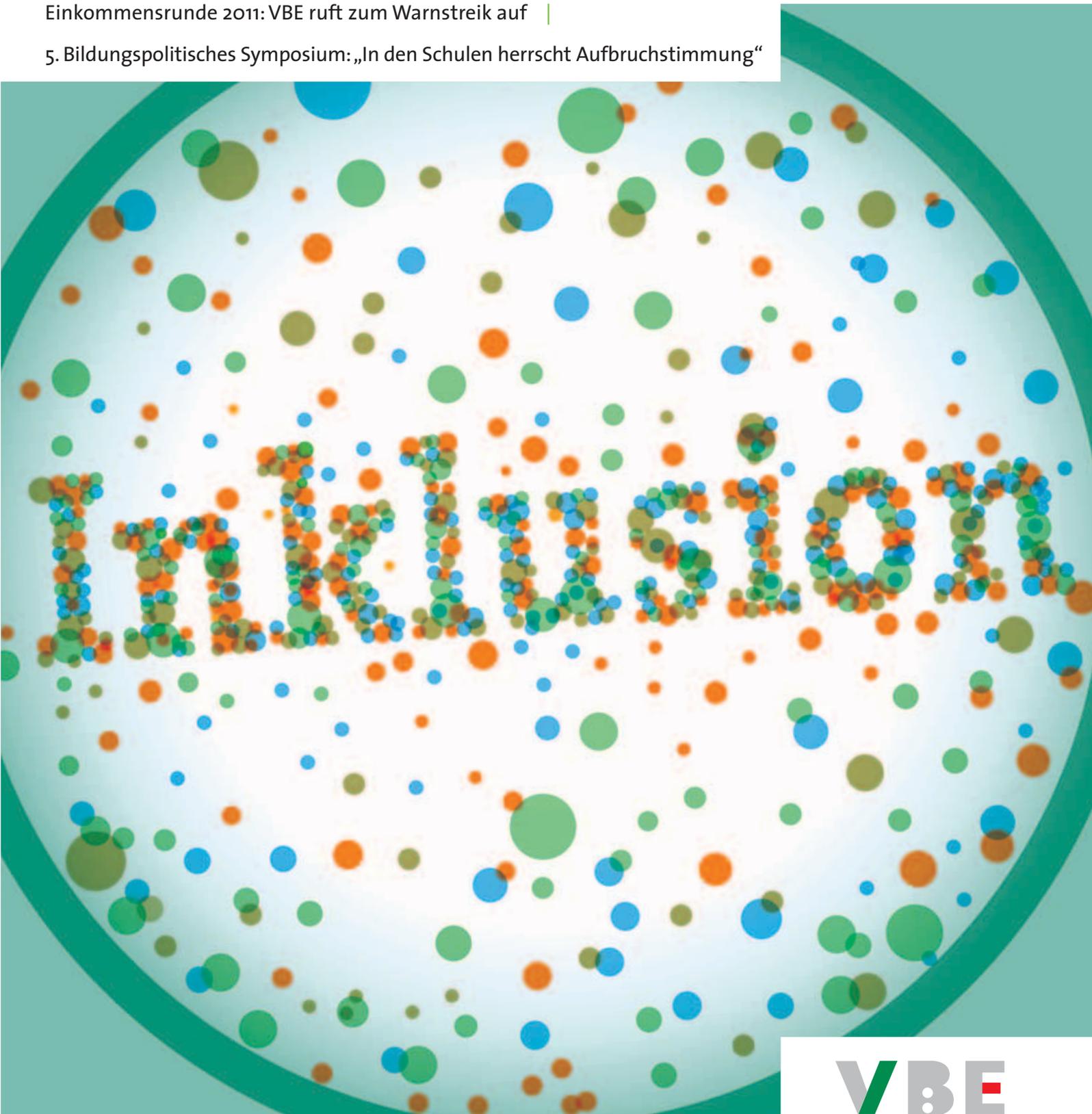


Einkommensrunde 2011: VBE ruft zum Warnstreik auf |

5. Bildungspolitisches Symposium: „In den Schulen herrscht Aufbruchstimmung“



<b>Aus unserer Sicht ▶ Inklusion</b> .....	2
<b>Thema ▶ Auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem</b> .....	4-6
▶ Expertise aus dem Mixer .....	7-9
▶ Inklusives Schulsystem braucht Fachlichkeit! .....	10
<b>Nachrichten ▶ Gemeinschaftsschule im Saarland kommt. Noch immer zu viele Schulabbrecher</b> .....	11
<b>Bildungspolitik ▶ 5. Bildungspolitisches Symposium: „In den Schulen herrscht Aufbruchstimmung“</b> .....	12-13
<b>Landtagsdebatte ▶ Grenzen der Redefreiheit: Verbeamtete Lehrkräfte dürfen kritisch, aber müssen loyal sein</b> .....	14
<b>Berufspolitik ▶ Einkommensrunde 2011: VBE ruft zum Warnstreik auf</b> .....	15
▶ Kostendämpfungspauschale. Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarungen .....	16
<b>VBE-Newsletter ▶ Nachrichten aus dem Bundesverband</b> .....	17-18
<b>Bildungswerk ▶ Was haben deutsche Lehrkräfte mit dem islamischen Glauben zu tun?</b> .....	19
<b>Tipps ▶ Infos und Technik</b> .....	20-21
<b>Senioren ▶ Alterseinkünfte und Steuerrecht</b> .....	24
<b>VBE-regional ▶ KV Gütersloh, OV Geldern, StV Essen, Mülheim, Oberhausen</b> .....	24
<b>Medien ▶ Büchermarkt</b> .....	27

**Aus unserer Sicht**

## Inklusion

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*



**d**as Thema Inklusion ist eine große Herausforderung für den gesamten Bildungsbereich. Durch die Ratifizierung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen stellt sich in Deutschland nicht mehr die Frage, ob wir Inklusion wollen, sondern wie wir die Anforderungen aus der UN-Konvention umsetzen. Von dem Ziel, dass 80–90% der Kinder mit Behinderungen die Regelschule besuchen sollen, sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Zurzeit sind es 18,4 %.

In der Konferenz der Stadt- und Kreisverbandsvorsitzenden am 28.01.2011 referierte Prof. Sven Degenhardt von der Universität Hamburg über die Frage, unter welchen Voraussetzungen Inklusion gelingen kann (siehe Titelthema Seite 7–9). Im Rahmen dieser Konferenz habe ich die Position des VBE wie folgt formuliert:

*„1. Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht, deshalb muss unser allgemeinbildendes Schulsystem so weiterentwickelt werden, dass Kinder mit Behinderung darin einen selbstverständlichen Platz haben.*

*2. Die Debatte um inklusive Bildung muss unter dem Qualitätsaspekt geführt werden. Gute inklusive Bildung braucht finanzielle und zeitliche Ressourcen. Standards und Professionalität müssen qualitativ hochwertig an den allgemeinen Schulen etabliert werden.*

*3. Wir müssen ein gesellschaftliches Klima „pro Inklusion“ schaffen, um die Barrieren in den Köpfen und die Barrieren im täglichen Leben abzubauen. Ein inklusives Schulsystem wird nicht gelingen, wenn die Gesellschaft nicht umfassend akzeptiert, dass es normal ist, anders zu sein.“*

Dass die Diskussion um ein inklusives Schulsystem auch mit Ängsten besetzt ist, gilt es ernst zu nehmen. So fürchten Lehrkräfte an Förderschulen den Verlust vertrauter Strukturen, während Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen sich fragen, wie sie die neuen Herausforderungen meistern sollen. Die Frage der Fort- und Weiterbildung ist hier ein zentraler Aspekt, der bisher auch personell nicht gelöst ist.

Inklusion ist ein Prozess, der aus unserer Sicht nur gelingen wird, wenn Transparenz gesichert ist, die Ziele klar formuliert sind, es einen verlässlichen und realistischen Zeitplan gibt und alle Betroffenen in die Überlegungen einbezogen werden.



**Landesvorsitzender VBE NRW**

## Impressum:

**SCHULE HEUTE - Information und Meinung**  
erscheint monatlich - mindestens zehnmal jährlich

**Herausgeber und Anzeigenverwaltung:**  
Verband Bildung und Erziehung (VBE)  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.  
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,  
Erzieherinnen und Erzieher im dbb NRW,  
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,  
Telefon (02 31) 42 57 57 0, Fax (02 31) 42 57 57 10

**Produktion und Anzeigenverwaltung:**  
VBE Verlag NRW GmbH  
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,  
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64  
Internet: [www.vbe-verlag.de](http://www.vbe-verlag.de), E-Mail: [redaktion@schuleheute.de](mailto:redaktion@schuleheute.de)  
E-Mail Anzeigenverwaltung: [info@vbe-verlag.de](mailto:info@vbe-verlag.de)

**Redaktion:**  
Herbert Boßhammer (Schriftleiter),  
VBE-Landesverband NRW, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,  
Telefon: 0251/3 84 87 81; Telefax: 0251/38 48 782  
E-Mail: [h.bosshammer\(at\)vbe-nrw.de](mailto:h.bosshammer(at)vbe-nrw.de)  
Udo Beckmann  
E-Mail: [redaktion\(at\)schuleheute.de](mailto:redaktion(at)schuleheute.de)  
Internet: [www.vbe-nrw.de](http://www.vbe-nrw.de)

**Druck:**  
Gebrüder Wilke GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm

**Satz und Layout:** [my-server.de](http://my-server.de) GmbH  
Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund  
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design  
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund  
Fotos Seite 8: [Photocase.com/twxx](http://Photocase.com/twxx)  
S. 7: [istockphoto/Vetta](http://istockphoto/Vetta) Collection, S. 10 links: [istockphoto/ktaylorg](http://istockphoto/ktaylorg)  
S. 10 rechts: [istockphoto/EVAfotografie](http://istockphoto/EVAfotografie)  
S. 11 rechts: [istockphoto/Jhorrocks](http://istockphoto/Jhorrocks), S. 11 links: [Fotolia/Jasmin Merdan](http://Fotolia/Jasmin Merdan),  
S. 19: [Fotolia/Pelz](http://Fotolia/Pelz)

**Anschriftenverwaltung:**  
VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**.  
Abonnement 19,00 EUR, Einzelheft 2,00 EUR, zuzüglich Versandkosten.  
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.  
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

**Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.**

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X

## Unterstützung des BLLV-Kinderhilfswerks

**D**er Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband, der VBE-Landesverband in Bayern, setzt sich gemeinsam mit seiner Bundesorganisation nicht nur für bessere Bedingungen für die Pädagoginnen und Pädagogen in Deutschland ein, sondern durch sein internationales Engagement in der Education International (EI) auch für das Recht auf Bildung in anderen Ländern und auf anderen Kontinenten ein.



In den Sommerferien entschied sich BLLV-Vizepräsidentin und Vorsitzende der Kinderhilfe, Waltraud Lučić, für ein Praktikum im Kinderhaus CASADENI, denn Solidarität sollte für sie kein leeres Wort sein, sondern Teil ihres Lebens

Ein Schwerpunkt-Projekt hat der BLLV in Peru. Dort gründete der BLLV 1995 in Zusammenarbeit mit Terre des Hommes Alemania das CASADENI, ein Haus für arbeitende Kinder und Jugendliche. Dieses Kinderhaus liegt in einer der ärmsten Gegenden Perus, in Ayacucho. Die Stadt mit ihren 200 000 Einwohnern war eine der am stärksten durch den Terror des Sendero Luminoso betroffenen Städte. Mord, Vergewaltigungen, Hunger und Gewalt standen vor 15 Jahren auf der Tagesordnung. Die harte Zeit steht noch heute in den Gesichtern der Menschen geschrieben. In CASADENI finden die arbeitenden Kinder eine Heimat. Sie werden über ihre Rechte aufgeklärt, erhalten Hausaufgabenhilfe, werken, singen, musizieren, tanzen, spielen und bekommen Hilfe in allen Notsituationen.

Auf der Landesausschusssitzung des BLLV im Dezember, an der ich in meiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender teilnehmen konnte, stellte die Vizepräsidentin des BLLV, Kollegin Waltraud Lucic, dieses Projekt eindrucksvoll vor.

Ich habe mich deshalb entschieden, die Mitglieder des VBE in NRW auf dieses Projekt aufmerksam zu machen. Es gibt die Möglichkeit, entweder eine Spende zu überweisen oder Fördermitglied der BLLV-Kinderhilfe zu werden und monatlich einen fixen Betrag ab 10 EUR zu spenden. Bankkontakt:

**BLLV-Kinderhilfe**

**Stadtparkasse München**

**Konto: 907 144 141, BLZ: 701 500 00**

Näheres finden Sie auf der Homepage des BLLV.

**Udo Beckmann**  
Vorsitzender

## Auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem



Am 1.12.2010 verabschiedete der Landtag den gemeinsamen Antrag der Landtagsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD „UN-Konvention zur Inklusion in Schule umsetzen“. Mit dem nachfolgenden Beitrag von Ralph Fleischhauer, Leiter der Projektgruppe Inklusion im MSW, wollen wir darüber informieren, welche Konsequenzen sich daraus für die Landesregierung ergeben und wie man in NRW auf dem Weg zur inklusiven Schule voranschreiten will.



Ralph Fleischhauer,  
Gruppenleiter 51 und  
Leiter der Projektgruppe  
Inklusion im MSW

„Vielleicht werden in ein paar Jahren die Menschen den heutigen Tag als historischen Tag für das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen einstufen“. Mit diesen Worten kommentierte Schulministerin Sylvia Löhrmann am 1. Dezember 2010 die Zustimmung des Düsseldorfer Landtags zum Antrag der Regierungsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU-Fraktion „UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen“. Ohne Gegenstimmen, bei Enthaltung der FDP-Fraktion, positionierte sich der Landtag damit erstmals zu dem seit März 2009 auch in der Bundesrepublik geltenden „Abkommen der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderung“ (UN-Behindertenrechtskonvention oder auch VN-BRK).

Ein solch einhelliger Beschluss hat gerade in der Schulpolitik Seltenheitswert. Möglicherweise „historisch“ ist jedoch weniger das bemerkenswert einhellige Abstimmungsverhalten als der Inhalt des Antrages. Darin bekennt sich der Gesetzgeber dazu, dass Kinder „den Rechtsanspruch auf Inklusion“ brauchen. Auch wenn dies relativ unspektakulär klingt und nur eine Minderheit zu betreffen scheint, so ist dieses Bekenntnis doch ein Meilenstein, dem eine lange, mit sehr viel Ernsthaftigkeit geführte Debatte um eine gemeinsame Position voranging, die bis tief in die vergangene Legislaturperiode reichte.

### Worum geht es in der UN-Behindertenrechtskonvention?

Sie ist das bisher umfassendste Dokument über die Rechte von Menschen mit Behinderungen überhaupt und zielt auf grundsätzliche gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverantwortung in allen Lebensbereichen. In Artikel 24 der Konvention verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, „ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen“ (deutsche Übersetzung) zu gewährleisten (im englischen Original: „... an inclusive educational system at all levels ...“).

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die mit der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention verbundenen Aufträge einen mehrjährigen Umgestaltungsprozess erfordern (sog. progressiver Realisierungsvorbehalt). Daher haben sich die Vertragsstaaten auch dazu verpflichtet, der UN in regelmäßigen Abständen über die Umsetzung zu berichten. Auch wenn die Konvention seit März 2009 vom Grundsatz her geltendes Bundesrecht ist, so fällt die Umsetzung der in Artikel 24 formulierten Verpflichtungen doch in die Zuständigkeit der Länder, da sie in der innerstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik für Bildung zuständig sind.

### Rechtsanspruch auf inklusive Bildung

Insofern kommt dem Landtagsbeschluss vom 1. Dezember grundlegende Bedeutung zu, hat sich der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen doch ohne Gegenstimmen dazu bekannt, diesen Auftrag umzusetzen.

Neben dem bereits eingangs zitierten Bekenntnis zum „Rechtsanspruch auf inklusive Bildung“ sind vor allem die folgenden Sätze aus dem Antrag von zentraler Bedeutung für den Prozess der kommenden Jahre: „Die allgemeine Schule ist der Regelförderort. Eltern können weiterhin für ihr Kind eine Förderschule wählen. Eine Vernetzung mit den Inklusions-Fachverbänden und Elterninitiativen soll eine fachgerechte Elternberatung gewährleisten.“

Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, „unter intensiver Einbeziehung aller Beteiligten (kommunale Spitzenverbände, Ersatzschulträger, Landschaftsverbände, Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger, Kirchen, Eltern,

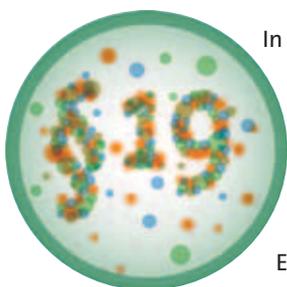
>>

Lehrerverbände, weitere gesellschaftlicher Kräfte) und mit wissenschaftlicher Begleitung eine Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung zur Umsetzung der UN-Konvention im schulischen Bereich vorzunehmen“. Konkret sollen möglichst zeitnah auf dieser Basis die landesweiten Eckpunkte für einen Inklusionsplan vorgelegt und abgestimmt werden. Der Gemeinsame Unterricht soll deutlich ausgebaut und der Prozess mit einer Fortbildungsinitiative begleitet werden.

Im Schulministerium wurde zu diesem Zweck eine Projektgruppe Inklusion eingerichtet, zu der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Abteilungen gehören – schließlich handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, in deren Kontext Haushaltsbelange ebenso eine Rolle spielen wie unterschiedliche rechtliche und pädagogische Fragen, aber auch Aspekte der Lehrerausbildung und -fortbildung.

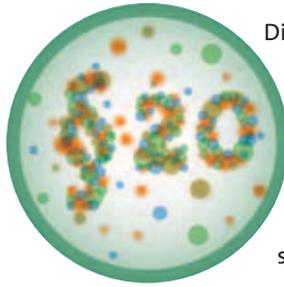
Derzeit werden mit den verschiedenen zu beteiligenden Gruppen Gespräche geführt. Nach den Osterferien wird dann Ministerin Sylvia Löhrmann erneut den „Gesprächskreis Inklusion“ einladen (den schon ihre Vorgängerin Barbara Sommer als „Gesprächskreis zur Zukunft der sonderpädagogischen Förderung“ ins Leben gerufen hatte). Dann sollen Zwischenergebnisse präsentiert, erste Umsetzungsschritte vorgestellt und das weitere Vorgehen erörtert werden.

Das Schulministerium wird sich – dem Auftrag aus dem Landtagsbeschluss folgend – bei der Entwicklung von Eckpunkten für einen Inklusionsplan auch durch Wissenschaft beraten lassen und entsprechende Gutachten in Auftrag geben, die nach Möglichkeit bis zum Sommer dieses Jahres vorgelegt werden sollen.



In der Zwischenzeit geht es insbesondere darum, im Rahmen der derzeit geltenden Rechtsnormen Eltern von Kindern mit Behinderungen den Zugang zur allgemeinen Schule zu ermöglichen. Eine Einschränkung von Elternrechten liegt im schulrechtlichen Sinne derzeit vor, wenn bei einem Kind ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wird. Denn laut § 19 Schulgesetz ist es die Schulaufsicht, die über „sonderpädagogischen Förderbedarf, Förderschwerpunkte und Förderort“ entscheidet. Traditionell wird in Deutschland in diesem Zusammenhang die Förderschule als Förderort festgelegt – nicht selten auch gegen den Willen der Eltern, wenn auch – das

darf unterstellt werden – eine solche Entscheidung immer in der Überzeugung fällt, im Interesse einer optimalen Förderung des Kindes zu handeln.



Die Schulaufsicht kann laut § 20 Absätze 7 und 8 aber auch Gemeinsamen Unterricht bzw. Integrative Lerngruppen in der Sekundarstufe I einrichten, wenn der Schulträger zustimmt und „die Schule dafür personell und sächlich ausgestattet ist“. Der Schulaufsicht kommt in der momentanen Rechtslage also eine Schlüsselstellung zu. Das Schulministerium hat die Schulaufsichtsbehörden daher dazu aufgerufen, nach Wegen zu suchen, wie dem Wunsch der Eltern nachgekommen und ein gemeinsames Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf ermöglicht werden kann. Das heißt, die bestehenden rechtlichen Normen sollen immer dort, wo Auslegungen möglich und erforderlich sind, schon jetzt im Sinne des Völkerrechts – also in diesem Fall der UN-Behindertenrechtskonvention – ausgelegt werden.

## *Der Schulaufsicht kommt in der momentanen Rechtslage also eine Schlüsselstellung zu*

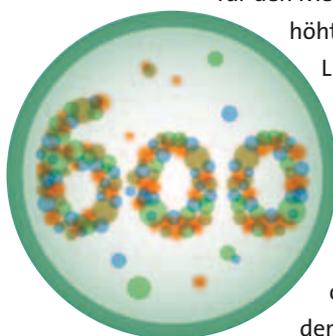
### **Was bedeutet das konkret?**

Im laufenden Schuljahr lernen bereits rund ein Viertel aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Primarstufe in der Grundschule, also integrativ. In den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I sind es hingegen nur noch gut elf Prozent, also weniger als die Hälfte. Dabei findet bisher das gemeinsame Lernen vor allem in Hauptschulen und Gesamtschulen statt. Dieser rapide Abbruch hat auch haushaltsrechtliche Gründe.

Der überwiegende Teil der rund 130.000 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (ca. 6 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in NRW) lernt nicht nach den Unterrichtsvorgaben der allgemeinen Schule, sondern nach individuellen Förderplänen „ziendifferent“. Das sind alle Kinder und Jugendlichen mit den Förderschwerpunkten Lernen oder geistige Entwicklung, aber auch in den anderen fünf Förderschwerpunkten gibt es ziendifferent lernende Kinder und Jugendliche. >>

Für die Förderung zieldifferent lernender Schülerinnen und Schüler ist laut Schulgesetz insbesondere (nicht ausschließ-lich) die Form der Integrativen Lerngruppe in der Sekun-darstufe I vorgesehen. In ihr lernen „in der Regel nicht weniger als fünf Schülerinnen und Schüler mit sonderpä-dagogischem Förderbedarf gemeinsam mit nicht behin-derten Schülerinnen und Schülern“. Diese Organisations-form wird nun durch zusätzliche Lehrerstellen unterstützt. Denn über die sonderpädagogische Grundversorgung nach Lehrer-Schüler-Relation des jeweiligen Förderschwer-punkts hinaus wird „im Umfang der dafür im Haushalt zur Verfügung stehenden Stellen“ ein sogenannter Mehrbe-darf gewährt. Er entspricht einem Zuschlag von „in der Re-gel 0,1-Stelle“ für jedes zieldifferent zu fördernde Kind (also nicht automatisch für alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Integrati-ven Lerngruppe).

In den vergangenen Jahren standen jedoch nicht ausrei-chend Stellen für den Mehrbedarf zu Verfügung, um dem Wunsch der Eltern nach gemeinsamem Lernen in allge-meinen Schulen nachzukommen. Daher hat der Landtag mit dem Nachtragshaushalt zusätzliche Lehrerstellen be-reitgestellt, sodass zum 1. Februar 2011 die Zahl der Stellen für den Mehrbedarf um 188 auf insgesamt 483 er-höht wurde. Und mit dem inzwischen in den Landtag eingebrachten Haushaltsent-wurf für 2011 ist eine weitere Erhöhung auf insgesamt 600 Stellen vorgesehen.



Diese Investition sorgt nun dafür, dass die „personellen Voraussetzungen“ an deutlich mehr Schulen geschaffen wer-den können, als das bisher der Fall war. Zu-sammen mit dem Auftrag an die Schulaufsicht,

dem Wunsch von Eltern bei festgestelltem sonderpäda-gogischen Förderbedarf ihrer Kinder zu folgen und nicht nur den Besuch von Förderschulen zu ermöglichen, son-der auch das gemeinsame Lernen in allgemeinen Schu-len, sind vor Ort in diesen Tagen zahlreiche Entscheidun-gen für das kommende Schuljahr zu treffen. Beim Wechsel von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen dürfte in deutlich höherem Ausmaß als bisher die allge-meine Schule gefragt sein.

#### **Doch welche Schulen stellen sich dem Auftrag?**

Es gibt in nahezu allen Regionen des Landes zahlreiche Bei-spiele gelingender integrativer Förderung. Neben den Grundschulen haben sich vor allem viele Gesamtschulen und Hauptschulen der Herausforderung angenommen und hier Erfahrungen gemacht. Das gemeinsame Lernen

kann aber nicht nur Aufgabe weniger Schulformen sein. Zudem ist es fachlich und pädagogisch fragwürdig, wenn beispielsweise an einer bestandsgefährdeten Hauptschu-le Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufge-nommen werden, um überhaupt noch eine Eingangsklas-se bilden zu können. Hier sind vor Ort abgestimmte Lö-sungen notwendig.

*Es wird nicht leicht sein und mitunter auch nicht gelingen, es allen recht zu machen*

Viele Kollegien und Schulen sind grundsätzlich bereit, sich dem aus der UN-Behindertenrechtskonvention ergebenden Auftrag zu stellen, sie müssen also nicht erst mühsam über-zeugt bzw. auf die Verbindlichkeit des Auftrags hingewie-sen werden. Natürlich gibt es dabei aber auch Ängste und Befürchtungen auf verschiedenen Seiten. Aber es gibt auch gute Beispiele und Erfahrungen. Mit dem Haushaltsentwurf plant die Landesregierung zusätzliche Mittel zu investieren – auch in die gewünschte Fortbildungsinitiative. Da die Ver-abschiedung des Haushalts jedoch erst im Mai/Juni erfol-gen wird, stehen die Mittel erst zum neuen Schuljahr zur Verfügung. Die Bezirksregierungen und Kompetenzteams bemühen sich daher im Rahmen ihrer bisherigen Angebote und Möglichkeiten bereits jetzt darum, hier besondere Un-terstützung für Schulen zu leisten, die sich nun erstmals dem gemeinsamen Lernen öffnen.

Alle Beteiligten tragen vor Ort eine große Verantwortung, gemeinsam Wege zu finden, den Ansprüchen der Eltern von Kindern mit Behinderungen, die das gemeinsame Ler-nen wünschen, ebenso gerecht zu werden, wie den ver-ständlichen Erwartungen der Schulen nach Unterstützung und Hilfe. Dabei wird es auch darum gehen, in gemeinsamer Verantwortung und Unterrichtsentwicklung dafür zu sorgen, dass eine individuelle Förderung sowohl der Schü-lerinnen und Schüler mit als auch der ohne Behinderun-gen gelingt. Dass dies möglich ist, zeigt die Erfahrung: Schulen, die sich dem Gemeinsamen Unterricht einmal ge-öffnet haben, halten daran fest und sind überzeugt da- von, dass letztlich alle Beteiligten davon profitieren.

Es wird nicht leicht sein und mitunter auch nicht gelingen, es allen recht zu machen; aber mit gegenseitiger Wertschät-zung und einem realistischen Blick für das Machbare sollte es gelingen, dem gemeinsamen Lernen schon zum kommen-den Schuljahr einen deutlichen Schub zu verleihen.

## Expertise aus dem Mixer

Oder: Warum wir mit einer  
Blinddarmentzündung nicht in eine  
Klinik für Augenheilkunde gehen!

**W**enn man es zuspitzen will: Die bundesdeutsche Schule steht vor dramatischen Umwälzungen. Und diese sind – das scheint immer noch nicht in der Breite und leider auch nicht auf schulpolitischer Ebene realisiert zu sein – zu einem großen Teil Bestandteil einer Menschenrechtsdebatte. Die ersten Anzeichen einer enormen Differenz zwischen Selbstdarstellung der Leistungsfähigkeit des bundesdeutschen Schulsystems und den Ergebnissen internationaler Schulleistungstests wurden auf empirische Mess- oder Konstruktionsfehler zurückgeführt und der Besuch eines Special Rapporteur on the right to education, Vernor Muñoz, im Jahr 2006 wurde medial heruntergespielt und dann aller politischen Peinlichkeit zum Trotz als Einmischung eines Unwissenden versucht zu ignorieren. Die offenliegenden Brüche im bundesdeutschen Schulsystem verweisen auf Phänomene der fehlenden Chancengleichheit durch tradierte, intransparente und unscharfe Selektionsmechanismen, auf ungleiche Bildungschancen in den Bundesländern und sie verweisen insbesondere auf Phänomene „der Ausgrenzung oder Marginalisierung von Schülern, insbesondere von solchen mit Migrationshintergrund und von Menschen mit Behinderungen“ (UN 2007, 23). Mit der im Zuge der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK; vgl. UN 2006/2008) und der vorgelegten und ins Gesetzblatt aufgenommenen deutschen Übersetzung scheiterte auch der aktuell letzte Versuch, die deutsche Schule „perfekter“ zu reden resp. zu schreiben: „Inclusive Education“ ist nicht ein „integratives Schulsystem“. „Unterstrichen sei an dieser Stelle, dass die völkerrechtlichen Verpflichtungen im Wege der Übersetzung nicht abgeändert werden können, da für den rechtlichen Verpflichtungsumfang lediglich die authentischen Sprachfassungen verbindlich sind. An dieser Rechtstatsache ändert auch ein Beschluss der Kultusministerkonferenz nichts, mit dem sich die Bundesländer für die Übersetzung des Begriffs ‚Inklusion‘ mit ‚Integration‘ ausgesprochen haben“ (Aichele 2008, 12). Mehr noch: Die Diskussion um ein inklusives Schulsystem hat Schritt für Schritt die Frage nach einer für alle Kinder chancengerechten Schule befördert; Inklusion ist im Kern eine zentrale Frage der Schulentwick-



lung hin zu einer Schule-für-alle, die weder nach Geschlecht, Religion, Herkunft, Behinderung oder „Bebauung“ den Zugang zu Bildungs(chancen) steuern oder reglementieren darf“ (Degenhardt 2010, 114). Eine weitere bundesdeutsche Besonderheit des Sich-auf-den-Weg-Machens scheint die verdeckt mitschwingende oder zumindest denkbare Konnotation folgender Argumentation zu sein: „Inklusion! Natürlich! Da muss man aber erst die Lehrerbildung ändern!“ Neben der komfortablen Möglichkeit, Veränderungen des eigenen Tuns und die des Systems abhängig von den Erfolgen anderer pausieren zu lassen, beinhaltet die Aussage ein wunderbar offenes man. Die Universitäten? Die Kolleginnen und Kollegen der zweiten Phase? ... Es scheint ein wenig an die Monopoly-Regel „Gehe über ‚Neue Lehrer/innen/bildung‘ zur Inclusive Education und setzen Sie drei Runden aus“ zu erinnern.

*„Inclusive Education“ ist nicht ein  
„integratives Schulsystem“*

Unbestritten stehen und standen vor der bundesdeutschen Lehrer/innen/bildung eine Reihe von Herausforderungen: PISA, TIMSS und andere erfordern ja nicht nur ein Neu-Denken der Schule; die dort Tätigen sind ja (zumindest hofft das das System) zum Teil auch „Produkt“ der Lehrer/innen/bildung. Grund zum Zurücklehnen und Weiter-So gab es also die letzten Jahre schon nicht. Dennoch scheint auch die beginnende Umstellung auf das B.A.-M.Ed.-System nicht als Chance genutzt worden zu sein, sich von dem Grundsatz des Weines in neuen Schläuchen

>>

*Nachdruck des Vortrages von Prof. Dr. Sven Degenhardt auf dem Sonderpädagogischen Kongress vom 22.–24. April 2010 in Weimar. Mit freundlicher Genehmigung des Verbandes Sonderpädagogik e. V., veröffentlicht auf der Kongress CD*



*Prof. Dr. Sven Degenhardt, Universität Hamburg*

signifikant zu entfernen: Unangefragt bleiben (zum Teil) die zweite Staatsprüfung, der Stufenbezug des Lehramtes und damit einhergehend der gestaffelte Studienumfang und die spätere gestaffelte Wertung-durch-Bezahlung; die Berufsbezeichnung Lehramt an SonderSCHULEN ... und nicht zuletzt die Unfähigkeit des föderalen Systems zur Koordinierung (über die KMK-Standards hinausgehend). Bei dem Andenken eines neuen Lehramtes scheint es (zumindest bei Sonderpädagog/inn/en einen Konsens zu geben: Alle Lehrämter sollen (zusätzlich?!) Inhalte aus dem Bereich der Behindertenpädagogik studieren. Neben diesem „Regelschullehramt-Plus“ hat sich die Diskursgemeinschaft auf ein „Inklusionslehramt“ und ein „Lehramt für Kinder mit schwerster Behinderung“ konzentriert. Dabei wird auf das Ausland verwiesen, ohne zu beachten, dass diese Referenzländer über keine Tradition z. B. eines Lehramtes in den Förderschwerpunkten Sehen und Hören verfügen UND dies ausdrücklich bedauern! Weiterhin folgen insbesondere die „Regelschullehrämter-Plus“ und das „Inklusionslehramt“ der „Idee des Mixers“, denn wie sollen diese zusätzlichen Inhalte und zu vermittelnden Kompetenzen sonst in einem (auch mithilfe des B.A.-M.Ed.-Modells) zeitlich zu straffenden Studienumfang umsetzbar sein? Denn bei der Frage, welche Inhalte und Kompetenzen stattdessen wegzulassen sind, bleiben die Antworten dünn. Zu Recht, denn die Ansprüche an die Lehrer/innen/bildung wachsen in allen Feldern!

Es fehlt bei der Übertragung der Idee des Mixers an einer Vision (außer vielleicht die des Stellen und Ressourcensparen wollen). Ein Studiengang ist kein Smoothie! Letztendlich fehlt die Vision, wofür eigentlich die Absolvent/innen ausgebildet werden sollen.

Denkt man das Scheitern des Mixers konsequent weiter, steht im ersten Schritt ein Blick auf die zu erwartende schulische Wirklichkeit an. Wie sieht eine inklusive Schule aus? Wie geht sie mit den Barrieren der Teilhabe an Bildung von Kindern mit Behinderung (by-the-way: mit allen! Nicht nur mit den zahlenmäßig stark besetzten Förderbedarfen in den Bereichen Lernen, Sprache und Verhalten!) um und welche Kompetenzen sollten entsprechende Professionelle vorhalten?

Insbesondere vor den internationalen Erfahrungen (z. B. aus Andalusien) ist die bundesdeutsche Idee, Inklusionsteams irgendwie mit oder aus dem Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) herauszuschälen, m. E. zum Scheitern verurteilt. Inklusionsteams begleiten verlässlich eine (entsprechend der „Risikofaktoren“ bestimmte) feste Zahl an Schülern einer Region; sie sind weder Teamteacher, Vertretungslehrer/innen, noch sind sie Bestandteil des MSD/Integrationsteams eines Förderzentrums (resp. einer dahingehend „umbenannten“ Sonderschule aus den Bereichen Lernen, Sprache oder Verhalten).

Ausgangspunkt dieses dreistufigen Inklusionskonzepts ist die Idee, dass eine (moderne) Fachdidaktik bereits den Um-

gang mit „Abweichungen“ vom – über die Gesamtgruppe gemittelten – Lernfortschritt beinhaltet. Wenn dieses diagnostische und intervenierende Instrumentarium nicht (mehr) greift, werden die Kolleginnen und Kollegen vom Inklusionsteam hinzugezogen. Hier erfolgt eine „Erweiterung“ des Hypothesenraums; Erschwernisse und Barrieren aus den „Heterogenitätsfeldern“ werden hinzugezo-

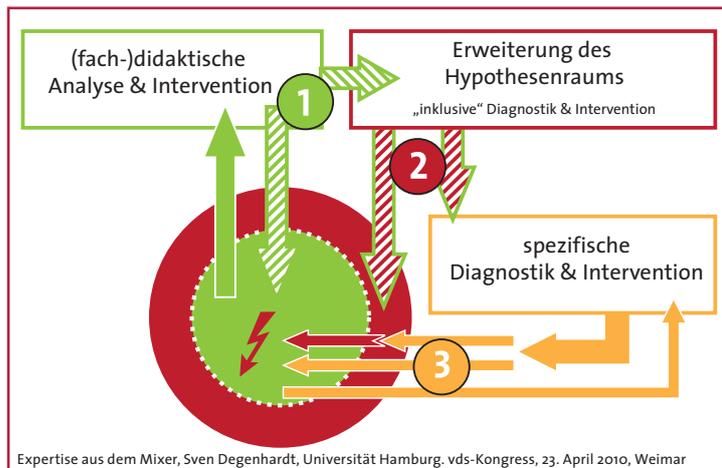
gen; intensiv wird das Umfeld der Kinder und Jugendlichen einbezogen. Wenn die Expertise und die Ressourcen der Lehrer/innen der inklusiven Schule und des Inklusionsteams nicht mehr zielführend sind, greifen diese auf überregionale Förderzentren (die ggf. Schüler/innen auf Zeit(!) oder in flexiblen „Nestern“ beschulen) zu. Die spezifische Diagnostik führt zu begründeten Interventionsstrategien (die nicht alle direkt vom überregionalen Förderzentrum umgesetzt werden). Hier entsteht m. E. auch ein Umdenken klassischer (wenn auch bewährter) bundesdeutscher Integrationspraktiken. Als Anmerkung soll nicht vergessen werden, dass bei Kindern mit einer „Geschichte“ aus der Prävention und Frühförderung natürlich nicht auf ein „Scheitern“ oder „Lernproblem“ gewartet werden muss ... hier greift die Einbindung der überregionalen Zentren von Beginn an. >>

*„Mehr Koordinierung, Doppelungen vermeiden, übergreifend denken und lehren, den gemeinsamen Kern herausarbeiten, exemplarisch vorgehen“*



„Mehr Koordinierung, Doppelungen vermeiden, übergreifend denken und lehren, den gemeinsamen Kern herausarbeiten, exemplarisch vorgehen“ – dies sind nur einige der Formulierungen und Handlungsaufforderungen, die letztendlich den „Mixer“ anrufen. Warum den Mixer? Was ist das Schöne an einem Mixer: Man tut Obst hinein, drückt kurz auf die Taste und ... ein leckerer Obstsaft mit Fruchtfleisch (heute: Smoothie) erfreut den/die Konsument/en/in. Doch folgende zwei Anmerkungen seien gestattet: Erstens schlägt der Mixer nicht nur die „überflüssige“ Luft aus dem Obstsalat – nein, er zerstört auf dem Weg zum Convenience-Produkt letztendlich auch einen Großteil der Struktur, des Fruchtfleisches! Und, wie würde der Smoothie schmecken, wenn nicht nur Apfel, Ananas, Kiwi und Banane, sondern Lamm, Geflügel, Fisch und Meeresfrüchte hinzugegeben werden?

Dieser Grundablauf gilt m. E. nicht nur für die Expertise in den Perspektiven Diagnostik und Intervention muss für die Diagnostik und Intervention von sinnesbehinder- und wird exemplarisch „ausreichen“ ten Schülerinnen und Schülern, sondern für alle.



**- Lehramt für Inklusionsteams**

... mit dem Schwerpunkt auf Diagnostik und Intervention, insbesondere in den Bereichen Lernen, Sprache und Verhalten (crosskategorial) und (!) einer intensiven vertiefenden Beschäftigung mit einem der „klassischen“ Förderschwerpunkte.

**- Lehramt für überregionale Förderzentren**

... mit dem Schwerpunkt in zwei Förderschwerpunkten, die überregional angeboten werden. Für diesen Bereich müssen darüber hinaus Möglichkeiten für Weiterbildungsmasterstudiengänge ausgebaut und in den Personalplänen der Länder verankert werden (Freistellung; Kosten der Studienplätze).

Folgt man dieser Idee einer inklusiven Schule, muss das Lehrer/innen-Ausbildungsmodell den abgeforderten Entscheidungs- und Handlungsprofilen der drei Gruppen entsprechen. Ein den o. g. Ideen folgendes Modell führt zu folgenden drei Stufen:

**- Lehramt für inklusive Schulen**

... mit einem (!) verbindlichen Schwerpunkt Heterogenität (Gender, Mehrsprachigkeit, Behinderung, Religion und Weltanschauung ...). Die Forderung, dass alle Lehrämter behindertenpädagogische Inhalte studieren sollen, scheint – und das belegt auch die Nichtumsetzung bestehender KMK-Forderungen bisher – unumsetzbar zu sein; eine intensive Beschäftigung mit einem Aspekt inklusiver Schu-

len der Länder verankert werden (Freistellung; Kosten der Studienplätze).

Die zentrale Ausrichtung und Kernkompetenz der letzten beiden Lehrämter kann auftragsgemäß nicht das eigenständige Unterrichten, sondern die Diagnostik und Intervention in bestehenden didaktischen Handlungsfeldern sein; eine automatische Anbindung an das „Grundschul-lehramt“ ist zumindest teilweise zugunsten einer Anbindung an sozial- und/oder erwachsenenpädagogische Disziplinen aufzugeben. Dies gilt auch für die Ausrichtung der zweiten Phase. Das Verstehen von Unterricht ist eine andere Kompetenz als das eigenständige unterrichtliche Handeln. Auch dementsprechend bedarf es einer Neuausrichtung beider Phasen.

**Literatur**

Aichele, Valentin (2008): *Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativprotokoll: Ein Beitrag zur Ratifikationsdebatte*. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Degenhardt, Sven (2010): *Universitäres Lehramtsstudium „Blinden- und Sehbehindertenpädagogik“ in den Zeiten einer zu entwickelnden inklusiven Schule: Neue Angebote als Reaktion auf altbekannte und neue Herausforderungen*. In: *blind-sehbehindert: Zeitschrift für das Sehgeschädigten-Bildungswesen*, 130, 2, 114 – 122.

UN, United Nations (2006/2008): *Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (dreisprachige Fassung im Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 35 vom 31.12.2008)*. (Manuskriptdruck).

UN, United Nations (2007): *Umsetzung der UN-Resolution 60/251; „Rat für Menschenrechte“ vom 15. März 2006 – Bericht des Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz; Addendum Deutschlandbesuch 2 (13. – 21. Februar 2006) (deutsche Arbeitsübersetzung im Auftrag der GEW)*. (Manuskriptdruck) New York.

Bei Nachfragen wenden Sie sich an: Prof. Dr. Sven Degenhardt, Universität Hamburg, sven.degenhardt@uni-hamburg.de

## Inklusives Schulsystem braucht Fachlichkeit!

**F**örderschulen haben in den letzten Jahrzehnten ein hohes Maß an sonder- und allgemeinpädagogischer Kompetenz aufgebaut. Die spezielle sonderpädagogische Kompetenz zur Förderung von z. B. Kindern mit Sprachbehinderungen, Sehschädigungen, Blindheit oder Kindern mit Hörschädigung ist von hoher Bedeutung hinsichtlich der Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erwerben. Dabei geht es immer um fachspezifische Curricula, um optimales Lernen zu ermöglichen, und Lernstörungen, die sich aus den Beeinträchtigungen ergeben könnten, vorzubeugen. Bei Kindern mit Sehschädigungen sind dies u. a. Maßnahmen der Kompensation, bei Kindern mit Hörschädigungen ist gezielter Sprachaufbau von Bedeutung, bei Kindern mit Sprachbehinderungen führt die fachlich gezielte Förderung sogar zur Rehabilitation (also Aufhebung ihrer Behinderung).

Die Ratifizierung der UN-Konvention für Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Bundesrepublik Deutschland müsste in allen Bundesländern zu Veränderungen in der Schulstruktur führen, begrenzt sich aber augenscheinlich darauf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, Kinder mit Behinderungen im vielgliedrigen Schulsystem aufzunehmen.

Soziales Miteinander von Kindern mit Behinderungen, Kindern mit Migrationshintergrund, Kindern aller Einkommensschichten ist das erstrebenswerte Ziel jeder Gesellschaft. Um gleichwertige Chancen für die eigene Lebensbewältigung zu haben, bedarf es jedoch gezielter Förderung oder anderer Unterstützung. Nicht allein durch die Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schule wird das Kind mit Behinderung, das Kind mit Sprach- oder Kommunikationsproblemen, das Kind mit kognitiven oder sensorischen Verarbeitungsproblemen, das Kind mit emotionalen Problemen seinen Weg zu einem gleichwertigen



Mitglied der Gesellschaft machen. Gezielte fachliche Förderung ist eine Grundvoraussetzung, um Kindern die Entwicklung des Selbstbewusstseins zu ermöglichen: „Ich schaffe es allein!“. Das schulische Umfeld, das für positive soziale Zuwendung sorgt, ist nur für eine Übergangszeit von Bedeutung. Wichtiger ist die Zeit danach.

*Bei Kindern mit Sprachbehinderungen führt die fachlich gezielte Förderung sogar zur Rehabilitation*

Inwieweit waren die Fördermöglichkeiten ausreichend, um eine gesellschaftliche Teilhabe am Leben der Erwachsenen zu ermöglichen? Hat jedes Kind die notwendige fachspezifische Förderung erhalten, um seine Ressourcen entwickeln zu können? Die Möglichkeiten, die Förderschulen jetzt in fachlicher Sicht Kindern mit Behinderung bieten, müssen in das inklusive Schulsystem integriert werden. Kompromisse helfen, Geld zu sparen. Eine schlechtere Förderung des Einzelnen wäre die Folge und ist sicherlich nicht mit dem Ziel der UN-Konvention zu vereinbaren. Es gilt in NRW gut auszuloten, inwieweit man ein inklusives Schulsystem entwickeln kann, ohne Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen in fachlicher Förderung zu benachteiligen. Übereilte Regelungen sind abzulehnen. Soziale Teilhabe darf nicht eine schlechtere fachspezifische Förderung zur Folge haben.

*Referat Sonderpädagogische Förderung*



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.



### Beamtendarlehen mit \*Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouter



\* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:

Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178190-25  
Info@AK-finanzz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

Angebotsbeispiel:

Äußerst günstige Beamten-/Angestelltdarlehen, z.B. B.a.L./Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettobetrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.

## Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++

### Gemeinschaftsschule im Saarland kommt

Nach monatelangen Diskussionen einigten sich die Koalitionspartner von CDU, FDP und Grünen am 23. Februar in Saarbrücken mit der oppositionellen Linken auf ein Reformpaket. Die Fraktion der Linken um ihren Chef Oskar Lafontaine sicherte zu, eine Verfassungsänderung zu unterstützen. Diese ist für die Einführung der Gemeinschaftsschule nötig. Die SPD blieb bei ihrem Nein. In der Gemeinschaftsschule, zu der erweiterte Realschulen und Gesamtschulen zusammengeführt werden, können Kinder alle Bildungsabschlüsse erwerben, auch das Abitur.

*Quelle: dpa vom 26.02.2011*

### Noch immer zu viele Schulabbrecher

Zwar ging die Zahl der Schulabbrecher bundesweit im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 6.600 Jugendliche zurück. Dennoch kann keine Entwarnung gegeben werden. Die Zahl von 58.400 Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss ist weiterhin besorgniserregend. Gemessen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung verlassen im Bundesdurchschnitt 7 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss. Im Vergleich aller Bundesländer variiert der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss von 5,7 Prozent in Baden-Württemberg bis hin zu 14,1 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

*Quelle: www.bildungsklick.de*

### Stadtteilmütter in NRW

In einem gemeinsamen Projekt der Bundesagentur für Arbeit und des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW werden arbeitslose Frauen mit Zuwanderungsgeschichte als soziale Ansprechpartnerinnen für Migrantenfamilien in ihrem Stadtteil qualifiziert. Sie sollen die Familien bei Fragen zur Erziehung, Gesundheit, Schule und Ausbildung beraten und



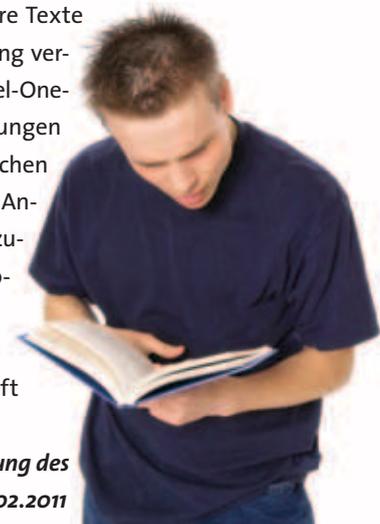
unterstützen. Das Pilotprojekt „Stadtteilmütter in NRW – Aktiv für Arbeit und Integration“ startet in den Modellstädten Bochum, Dortmund und Essen mit 55 Frauen, die nach einer Qualifizierungsphase von sechs Monaten ihre Tätigkeit aufnehmen werden.

*Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW vom 21.02.2011*

### Studie zum funktionalen Analphabetismus in Deutschland

14 Prozent der erwerbsfähigen Deutschen (etwa 7,5 Millionen) können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende, auch kürzere Texte wie z. B. eine schriftliche Arbeitsanweisung verstehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Level-One-Studie der Universität Hamburg. Schätzungen waren bisher von etwa 4 Millionen Deutschen ausgegangen, die von diesem funktionalen Analphabetismus betroffen sind. Der Studie zufolge können darüber hinaus knapp 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland (etwa 21 Millionen Menschen) auch gebräuchliche Wörter nur fehlerhaft schreiben.

*Quelle: Pressemitteilung des Bundesbildungsministeriums vom 28.02.2011*



### Sprach- und Integrationsförderung in Schwerpunkt-Kitas

Mit der Initiative „Offensive frühe Chancen“ stellt der Bund bis 2014 rund 400 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sollen bis zu 4.000 Einrichtungen – insbesondere in sozialen Brennpunkten – zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ ausgebaut werden. Jede der beteiligten Einrichtungen erhält bis 2014 pro Jahr 25.000 Euro. Damit kann eine Halbtagsstelle für zusätzliches, besonders qualifiziertes Fachpersonal zur Sprachförderung insbesondere von unter Dreijährigen eingerichtet werden.

*Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 28.02.2011*

#### Klassenfahrten nach Berlin

(Incl. Transfer, Unterkunft,  
Programmgestaltung nach Absprache)  
Broschüre anfordern bei:

**Biss**, Fichtestraße 30, 10967 Berlin,  
Tel. (0 30) 6 93 65 30 · www.berlin-mit-biss.de



Foto: Frauke Schumann

## 5. Bildungspolitisches Symposium

### „In den Schulen herrscht Aufbruchstimmung“

von **Andrej Priboschek**

**D**ie einander zugewandte Schar der Playmobil-Figuren am Stand der Konrad-Adenauer-Schule Bad Honnef sollte anschaulich machen, worum es den Lehrerinnen und Lehrern dort geht: Vielfalt. Und Gemeinsamkeit. So bunt, wie sich der Tisch der künftigen Gemeinschaftsschule präsentierte, wird die pädagogische Praxis zunehmend werden. Dies jedenfalls war die Botschaft, die vom 5. Bildungspolitischen Symposium des nordrhein-westfälischen Schulministeriums ausging. „Wir müssen die Kinder und Jugendlichen anders in den Blick nehmen“, sagte etwa Barbara van der Wielen, Leiterin der Geschwister-Eichenwald-Realschule Billerbeck. Nämlich: individueller. Für die Gemeinschaftsschule, zu der ihre Schule und die örtliche Don-Bosco-Hauptschule nun zusammenwachsen, gelte deshalb: „Wir werden Heterogenität ganz bewusst wahrnehmen.“ Jede Schülerin und jeder Schüler habe einen eigenen Lernweg, den es zu gestalten gelte.

Reinhard Paß, Oberbürgermeister der Stadt Essen, hatte zuvor die rund 800 Gäste des Symposiums in der Messe Essen begrüßt. Titel der Veranstaltung: „Schule, Kommune, Region – Bildungspolitische Akteure stärken“. Paß nahm den Ball auf und beschrieb das Land, die Kommunen und die Schulen

vor Ort als „Verantwortungsgemeinschaft, um optimale Förderung für unsere Jugend zu erreichen“. Auch Schulministerin Sylvia Löhrmann betonte die Bedeutung aller Akteure in der Schulpolitik. „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass erfolgreiche Bildungspolitik nur gemeinsam entwickelt werden kann“, sagte sie. Mit der Gemeinschaftsschule erweitern sich die Gestaltungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden. „Die Gemeinschaftsschule bietet den Kommunen bei zurückgehenden Schülerzahlen die Möglichkeit, ein wohnortnahes umfassendes Schulangebot unter Einbeziehung auch gymnasialer Standards vor Ort zu erhalten“, sagte sie. Einige der zum kommenden Schuljahr in Nordrhein-Westfalen genehmigten Gemeinschaftsschulen präsentierten ihre pädagogischen Konzepte an Ständen an der Rückwand des Veranstaltungssaals, darunter aus Bochum, Ascheberg und Blankenheim-Nettersheim. Mit Blick auf solche Initiativen freute sich Löhrmann: „Der Knoten ist geplatzt.“

*Jede Schülerin und jeder Schüler haben einen eigenen Lernweg, den es zu gestalten gilt*

Die Schulministerin verwies auch auf die Bedeutung der regionalen Bildungsnetzwerke für die Zusammenarbeit verschiedener Akteure vor Ort – von Schulträgern, Schulen und Schulaufsicht über Unternehmen, Kammern, Kirchen, Vereine, Polizei, Volkshochschulen, Jugendhilfe bis hin zu Wohl-

>>

## Lehrkräfte müssen nicht Profis für alle Themengebiete sein

fahrtsverbänden. „Lehrkräfte müssen nicht Profis für alle Themengebiete sein, sie erhalten Unterstützung durch die externen Partner“, erklärte Löhrmann. Diese könnten die Schulen tatkräftig unterstützen, zum Beispiel beim Übergang von der Schule in den Beruf. Auch die Schulen selber sollen sich stärker vernetzen – schulformübergreifend, wie die Ministerin betonte. Dass der „Blick über den Zaun“ von Lehrkräften immer stärker gefordert werde, meinte auch Prof. Holger Burckhard, Rektor der Universität Siegen. Dazu gehöre die Kooperation mit außerschulischen Partnern genauso wie die Fähigkeit, die Voraussetzungen des Wissens didaktisch-methodisch aufzubereiten“. Letzteres bedeute in der Praxis, „Heterogenität, Differenz, Andersartigkeit als Primat pädagogischen Handelns“ anzuerkennen – und nicht länger am klassischen Schulformsystem und dem Trugbild homogener Lerngruppen festzuhalten, was der Realität vernetzter Lernwelten nicht entspreche. Die Einführung der Gemeinschaftsschule sei deshalb ein notwendiger Schritt.



Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund hatte zuvor anschaulich gemacht, wie stark der demografische Wandel die Schulen in Nordrhein-Westfalen betrifft. „Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Von 2001 bis 2010 sank die Zahl der Übergänger in weiterführende Schulen um fast 17 Prozent. Das ist die Folge des allgemeinen Schüler-rückgangs“, erklärte er. Vor allem die Hauptschulen hätten dies zu spüren bekommen: 1970 lag die Übergangsquote zur Hauptschule noch bei 56 Prozent, zum laufenden Schuljahr bei nur noch zwölf Prozent. In keinem Bundesland sei es gelungen, diesen Schulwahl-trend aufzuhalten oder gar umzukehren. Rösner: „Anstatt an Schulen festzuhalten, die die Eltern nicht mehr wollen, wäre Politik gut beraten, bescheidener zu werden und zu sagen: Wir erzwingen keine ungeliebten Schulen, sondern ermöglichen bedarfsgerechte Angebote.“ Schulen des gemeinsamen Lernens genossen bei Eltern wachsenden Zuspruch. Bei Lehrern auch, wie Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, bei der abschließenden Podiumsdiskussion befand: „In den Schulen herrscht Aufbruchstimmung.“



In den Pausen sorgten die United-Brass Big-Band des Carl-Humann-Gymnasiums und des Gymnasiums an der Wolfskuhle Essen sowie das Schülerkabarett „Die Kettwichte“ für Unterhaltung. Moderiert wurde die Veranstaltung von WDR-Radiomoderatorin Gisela Steinhauer.

**A**m 3. Februar 2011 trafen sich der CDU-Landesvorsitzende Dr. Norbert Röttgen und der VBE-Vorsitzende Udo Beckmann in der Geschäftsstelle der CDU NRW zu einem Vier-Augen-Gespräch.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen mögliche Eckpunkte für einen Schulkonsens in NRW.

Am Ende des Gesprächs, an dem eine Fortsetzung des Dialogs vereinbart wurde, überreichte der VBE-Vorsitzende die VBE-Tasse mit dem Aufdruck „Be a hero – be a teacher“.



## Grenzen der Redefreiheit

### Verbeamtete Lehrkräfte dürfen kritisch, aber müssen loyal sein

3. Februar 2011 – Der Landtag hat sich mit den Grenzen der Meinungsfreiheit für verbeamtete Lehrkräfte beschäftigt. Die Fraktionen von CDU und FDP beantragten eine Aussprache im Rahmen einer Aktuellen Stunde, um der Frage nachzugehen, ob die Landesregierung politische „Maulkörbe“ verteile. Grundlage der Sorge sind Presseberichte, nach denen einzelnen Lehrkräften von der Teilnahme an Informationsveranstaltungen „aus Fürsorge“ abgeraten worden sei, denn unbedacht Gesagtes könne zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen.



**Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg** (CDU) fühlte sich angesichts der Presseberichte an einen Tonfall wie in totalitären Regimen erinnert. „Lehrer dürfen nicht eingeschüchtert werden“, forderte er. Den Grund für eine Einschüchterung sah der Abgeordnete darin, dass viele Projekte, Vorhaben und Entscheidungen in der Schulpolitik der Landesregierung weniger erfolgreich als erhofft verliefen und viele kritische Fragen gestellt würden: „Es läuft nicht gut.“ Maulkörbe zu verteilen, bewertete der CDU-Sprecher als einen Skandal. „Haben Sie das nötig?“, fragte er die nordrhein-westfälische Schulministerin und forderte: „Unterdrücken Sie nicht die Meinungsfreiheit!“



„Wird aus der Koalition der Einladung die Koalition der Gängelung?“, fragte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Loyalität zum Dienstherrn sei das eine, meinte sie. Aber Pädagoginnen und Pädagogen fühlten sich eingeschüchtert. Nach kritischen Meinungsäußerungen seien sogar einige von ihnen einbestellt worden, berichtete die FDP-Sprecherin. Auch handle es sich nicht um Einzelfälle. Allein aus dem Regierungsbezirk Arnsberg seien ihr 22 Fälle bekannt: „Die Angst geht um“, meinte die Abgeordnete. Selbst in Personalversammlungen könne man nicht mehr offen reden, beklagte sie. Wie stehe dazu die SPD, die schließlich auf Mitbestimmung im öffentlichen Dienst poche?



**Sören Link** (SPD) hielt den Antrag auf die Aktuelle Stunde für lächerlich. Man verplempere die Zeit, anstatt über Inhalte zu diskutieren. Worum es bei den Vorfällen gehe, sei das Spannungsfeld zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und den gesetzlichen Vorschriften für Beamtinnen und Beamte. Diese schränken die freie Meinungsäußerung in gewisser Weise ein, und das hielt Link für richtig. In diesem rechtlichen Rahmen bewege sich die Landesregierung mit Augenmaß. Politische Mäßigung für verbeamtete Lehr-

kräfte gelte in beide Richtungen: Sie dürften aus ihrem Amt heraus die Landesregierung weder loben noch kritisieren, sondern müssten sich neutral verhalten.



Über den Vergleich mit totalitären Staaten, den Sternberg angestellt hatte, zeigte sich **Sigrid Beer** (Grüne) empört. Sie unterstrich, dass die Schulministerin gerade dafür geschätzt werde, den Dialog zu suchen und zu kontroversen Debatten einzuladen. Den Lehrkräften Dauerschrauben anzulegen, sei Praxis der Vorgängerregierung gewesen, nicht aber der politische Stil der jetzigen. Auch die nachgeordneten Behörden wie die Bezirksregierungen dächten und handelten selbstständig und müssten vorher nicht um Erlaubnis fragen, betonte sie. „Sie können den Zug der Zeit und die Entideologisierung der Schulentwicklung vor Ort nicht aufhalten“, bemerkte die Grünen-Sprecherin.



**Gunhild Böth** (Linke) sprach CDU und FDP an und fand es „unglaublich, was Sie sich hier leisten“. Außerdem hätten deren Abgeordneten so argumentiert, dass man einen zweiten Antrag der beiden Fraktionen erwarten dürfe, in dem dann konsequenterweise die Abschaffung des Berufsbeamtentums gefordert werden müsse, schlussfolgerte Böth. Denn das Gesetz untersage nun einmal das politische Engagement von Beamtinnen und Beamten im Amt gegen oder für den Dienstherrn. Außerdem meinte die Linke, wer das Landespersonalvertretungsgesetz so beschnitten habe wie die FDP in der letzten Legislaturperiode, solle das Wort Mitbestimmung besser nicht mehr in den Mund nehmen.



Als große Anhängerin von Meinungsfreiheit und auch von Loyalität beschrieb sich **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne). Sie habe allerdings etwas gegen Duckmäusertum. Deshalb verbiete es sich für sie persönlich, Maulkörbe zu verteilen. Auch aus ihrem Haus habe es keinen gegeben. Konstruktive Kritik aus der Praxis bezeichnete die Ministerin nicht nur als erlaubt, sondern sogar als erwünscht. Dies müsse aber im Rahmen des Beamtenrechts bleiben: Wenn Lehrkräfte sich in ihrer Funktion äußerten, seien sie zur Mäßigung und Neutralität verpflichtet. Werde dies verletzt, führe die Schulaufsicht selbstständig, ohne Anweisung aus ihrem Haus, ein Beratungsgespräch.



Foto: Fiegel



Foto: Fiegel

## Einkommensrunde 2011 VBE ruft zum Warnstreik auf

**D**er VBE hatte seine tarifbeschäftigten Mitglieder für den 1. März 2011 zum Warnstreik aufgerufen und diesen in die zentrale Kundgebung von dbb und DGB in Düsseldorf eingebunden. 10.000 Tarifbeschäftigte und Beamte aus dem Landesdienst, darunter über 3.000 Lehrkräfte nahmen an der Kundgebung teil.

Der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann sprach im Namen der Lehrerorganisationen vor dem Finanzministerium, vor dem sich der Demonstrationzug des dbb formierte. „Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeber die zweite Verhandlungsrunde zur Einkommensrunde 2011 haben verstreichen lassen, ohne ein Angebot vorzulegen. Streik scheint die einzige Sprache zu sein, die die Arbeitgeber verstehen“, so der VBE-Vorsitzende.



Foto: Fiegel

beitgeber sich auf die Position zurückzögen, dass sie zwar Verhandlungen, aber keinen Abschluss im Rahmen eines Tarifvertrags zugesagt hätten.

Beckmann wörtlich: „Das lassen wir den Arbeitgebern nicht durchgehen. Es muss endlich eine tarifliche Eingruppierung für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte erfolgen. Die Eingruppierung der Lehrkräfte darf nicht nach Gutsherrenart je nach Bundesland unterschiedlich erfolgen. Wir werden nicht locker lassen, bis das geregelt ist. Wir sind es leid, als finanztechnische Verhandlungsmasse der Arbeitgeber angesehen zu werden.“

Im Rahmen der Abschlusskundgebung vor dem Landtag machten auch die beiden Redner Frank Stöhr, Vorsitzender der dbb tarifunion, und Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft verdi deutlich, dass die Bezahlung des öffentlichen Dienstes attraktiver werden muss, wenn die Nachwuchsgewinnung dauerhaft gelingen soll und dass eine tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte ein Kernpunkt in den Verhandlungen bleibt.



Foto: Windmüller

Beckmann machte unter dem Beifall der Demonstranten deutlich, dass der VBE, der unter dem Dach der dbb tarifunion am Verhandlungstisch sitzt, erwartet, dass die Arbeitgeber sich endlich bewegen. „Die Beschäftigten haben einen Anspruch darauf, dass ihre Arbeit auch durch eine entsprechende Bezahlung wertgeschätzt wird“, so Beckmann.

Beckmann verwies darauf, dass die Arbeitgeber seit 2006 versprechen, die Eingruppierung von Lehrkräften auf den Weg zu bringen, aber bisher nichts passiert sei, weil die Ar-



Foto: Windmüller

### Zur Info:

In NRW gibt es knapp 39.000 tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer. Das sind fast 20 % aller Lehrkräfte in NRW (Stand: Schulstatistik 2009).

## Kostendämpfungspauschale

### Zum Schreiben des LBV

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

**W**er – teilweise schon vor langer Zeit – Widersprüche gegen die Bescheide zur Anwendung der Kostendämpfungspauschale (KDP) bzw. wegen der Nichtberücksichtigung der Beihilfefähigkeit von nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten eingelegt hat, erhält in diesen Tagen ein Schreiben vom LBV mit dem Inhalt, dass diese Bescheide für endgültig erklärt worden sind. Es folgt der Hinweis, dass man innerhalb von 4 Wochen mitteilen kann, ob man die Widersprüche aufrechterhalten will. In diesem Fall erhält man dann „eine klagefähige Widerspruchsentscheidung“. Daraus ergibt sich, dass die Widersprüche nicht mehr ruhend gestellt sind und (rein theoretisch) nur noch der Klageweg offensteht.

Da die Aussicht auf eine erfolgreiche Klage gegen Null tendiert, ist der Deutsche Beamtenbund NRW, dem der VBE angehört, nicht mehr bereit, für diese Klagen Rechtsschutz zu gewähren. Wer trotzdem klagen will, muss die Kosten selbst tragen. In Absprache mit der VBE-Rechtsabteilung rate ich daher dringend von einer Klageerhebung ab.

Es ist schade, dass wir vor den Gerichten verloren haben – man wundert sich immer wieder gern über die Rechtsauffassung deutscher Richter – ,trotzdem sollten wir auch weiterhin Widerstand gegen zukünftige Zugriffe auf unsere Besoldung und Versorgung leisten.

*Leo Stümpel,  
Service-Team*

## Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarungen

**I**n letzter Zeit gab es zahlreiche Anfragen von Lehrerinnen und Lehrern, ob Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarung in der Schule zulässig sind.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen dienstlichen Gesprächen, Dienstgesprächen und Mitarbeitergesprächen mit Zielvereinbarung.

Alltägliche dienstliche Gespräche sind selbstverständlich zulässig. Hierbei handelt es sich um Gespräche zwischen der Schulleitung und der Lehrkraft, in welchen z. B. Veranstaltungen geplant, Aufsichts- und Vertretungspläne koordiniert oder anfallende Arbeiten verteilt werden.

Ein **Dienstgespräch** kann nur mit der dienstvorgesetzten Stelle geführt werden und ist daher kein Gespräch zwischen Schulleiter und Lehrkraft.

**Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarung** gibt es innerhalb der Schule nicht. Es ist nicht richtig, wie von einer Gewerkschaft behauptet, dass das OVG Münster dies in seinem Beschluss vom 26.04.2010 klargestellt hat. Der Beschluss vom 26.04.2010 des OVG Münster erging in einer anderen Angelegenheit und beinhaltete daher keine konkreten Aussagen zu Mitarbeitergesprächen mit Zielvereinbarung.

Im Zusammenhang mit diesem Beschluss wurden jedoch Aussagen der Dienststelle ins Verhandlungsprotokoll aufgenommen, die erklären, dass keine individuellen Zielver-



einbarungen geregelt werden und dass klassische Mitarbeitergespräche im Rahmen der Qualitätsanalyse nicht vorgegeben sind.

Daraus kann geschlossen werden, dass die Dienststelle an dem 2004 eingeschlagene

nen Kurs festhält, denn schon im November 2004 hat der Hauptpersonalrat Gesamtschulen mit dem Ministerium ein Gespräch bezüglich der Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarung im Schulbereich geführt. In diesem wurde klar festgestellt: Das Mitarbeitergespräch ist als Instrument der Personalführung innerhalb der Schule nicht eingeführt. Wenn eine Einführung in der Zukunft erfolgen sollte, liegt bei den Gesprächen mit Zielvereinbarung in jedem Fall ein mitbestimmungspflichtiger Tatbestand vor. Dies ergibt sich aus § 72 Abs. 4 Nr. 9 LPVG, welcher die Mitbestimmung für Regelungen der Ordnung in der Dienststelle und des Verhaltens der Beschäftigten regelt, wozu die Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarung unzweifelhaft gehören.

VBE-Mitglieder können sich durch unsere Rechtsschutzabteilung beraten lassen.

*Inka Schmidtchen  
Justiziarin VBE NRW*

## Warnstreiks: Unsere Forderungen sind gerecht

### Zweite Runde der Tarifverhandlungen 2011 für den Länderbereich ohne Ergebnis

Nachdem auch bei den Verhandlungen am 24./25. Februar zur Einkommensrunde 2011 die Arbeitgeberseite kein Angebot vorgelegt hat, brennt die Luft. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann erklärte unmittelbar nach dem Potsdamer Termin, es sei ein Skandal, dass die Arbeitgeber die zweite Verhandlungsrunde zur Einkommensrunde 2011 verstreichen ließen, ohne ein Angebot vorzulegen. „An unseren Forderungen nach gerechter Bezahlung und Teilhabe am Aufschwung gibt es nichts zu deuteln. Dafür werden wir in den Ländern mit Warnstreiks Druck machen“, kündigte Beckmann an. Jens Weichelt, Tarifexperte und für den VBE Mitglied der Verhandlungskommission war ebenso empört: „Kein Angebot bedeutet, dass die Arbeitgeber ihren Beschäftigten nichts geben wollen. Eine Nullrunde ist mit den Lehrerinnen und Lehrern nicht zu machen.“ Mehrere Landesverbände des VBE haben Warnstreiks angekündigt.



dbb tu-Verhandlungsführer Frank Stöhr mit Jens Weichelt nach der Verhandlungsrunde



Udo Beckmann mit Hartmut Möllring am Rande der dbb Arbeitstagung in Köln

Der VBE ist unter dem Dach der dbb tarifunion in der Verhandlungskommission. Zentraler Punkt der Forderungen in der Einkommensrunde 2011 ist die lineare Erhöhung des Einkommens um 50 Euro (soziale Komponente) und darauf eine Anhebung um 3 Prozent bei einer Laufzeit von 14 Monaten. Udo Beckmann betonte: „Wir erwarten eine Wertschätzung unserer Arbeit auch in der Bezahlung. Ebenso muss der Einstieg in eine tarifliche Eingruppierung der tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer gelingen.“ Die bisherige Praxis, Lehrerinnen und Lehrer nach Gutsherrenart auszuzahlen, gehöre in die Mülltonne der Geschichte. „Es ist an der Zeit, dass die Arbeitgeber sich bewegen und ein Angebot vorlegen, worüber ernsthaft verhandelt werden kann. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, das Nachdenken der TdL zu beschleunigen“, stellte der VBE-Bundesvorsitzende klar.

Der TdL-Verhandlungsführer Hartmut Möllring hatte zuvor bemerkt, man könne erst verhandeln, wenn die Gewerkschaften aus ihrem Wolkenkuckuckshaus zurück auf den Teppich kämen. Jens Weichelt bekräftigte: „Von Seiten der Arbeitgeber erwarten wir ein Angebot, das den Forderungen der Gewerkschaften entspricht und die Leistungen der Beschäftigten anerkennt.“ Das derzeitige Eingruppierungsrecht genüge in keiner Weise den Anforderungen an einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst. Die dritte Verhandlungsrunde findet am 9./10. März statt.

### Gleichstellung der Geschlechter bleibt Herausforderung

Vor dem Internationalen Frauentag am 8. März, der in diesem Jahr sein 100. Jubiläum feiert, und dem Equal Pay Day am 25. März verweist die Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung Jutta Endrusch darauf, dass die Gleichstellung der Geschlechter immer noch eine sehr aktuelle Herausforderung ist. „Die Diskriminierung von Frauen“, so Jutta Endrusch, „lässt sich am besten am Beispiel der Entgeltungleichheit fest machen. In den Bereichen ‚Erziehen und Unterrichten‘ des Öffentlichen Dienstes, in denen 97 Prozent bzw. 70 Prozent der Beschäftigten weiblich sind, verdienen die Frauen im Durchschnitt über 14 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Schlechterstellung gegenüber anderen akademischen Berufen im öffentlichen Dienst muss endlich überwunden werden.“ Die gleiche Forderung erhebt Jutta Endrusch auch im Hinblick auf die unterschiedliche Bezahlung zwischen Arbeitnehmerinnen sowie Beamtinnen bei gleicher Qualifikation und gleichem Tätigkeitsbereich. Diese Zweiklassengesellschaft in Lehrerkollegien ist für die Vorsitzende der Frauenvertretung nicht hinnehmbar, vor allem auch angesichts der Tatsache, dass sich im Lehrerbereich hauptsächlich Frauen im Angestelltenverhältnis befinden. Diese erfahren durch familienbedingte Unterbrechungszeiten, Teilzeitbeschäftigung und bestehender Höchstaltersgrenzen für die Verbeamtung eine überproportionale Benachteiligung. Dies führe, so Jutta Endrusch, immer häufiger auch zur Altersarmut bei Frauen. Die Frauenvertretung des VBE fordert, dass Teilzeitbeschäftigung zukünftig nicht mehr zur Kürzung von Anrechnungszeiten bei der Berechnung von Renten und Pensionen führt.

Außerdem erwartet die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung, dass in der aktuellen Tarif- und Besoldungsrunde der Länder endlich auch die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte geregelt wird und eine zeit- sowie inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Beamtinnen der Länder und Kommunen erfolgen wird. Nur so könne eine weitere Abkoppelung des Öffentlichen Dienstes vom Wirtschaftsaufschwung vermieden werden.

## Zweifel am Kooperationsverbot wächst



Udo Beckmann auf dem Empfang zum Amtsantritt des KMK-Präsidenten im Gespräch (v.l.n.r.) mit den Kultusministern von Bayern, Dr. Ludwig Spaenle, Mecklenburg-Vorpommern, Henry Tesch, und Niedersachsen, KMK-Präsident Dr. Bernd Althusmann.



Meinungsaustausch mit MdB Patrick Meinhardt (l.)

Der VBE gehört von Anfang an zu den Kritikern des Kooperationsverbots von Bund und Ländern im Bildungsbereich, wie es mit der Föderalismusreform 2006 ins Grundgesetz aufgenommen wurde. „Der VBE begrüßt die Debatte und unterstützt entsprechende Initiativen, um das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich zu stoppen“, unterstreicht Udo Beckmann. In diesem Sinne erklärte der VBE-Bundesvorsitzende gegenüber dem diesjährigen KMK-Präsidenten Bernd Althusmann anlässlich seiner Einführung in das Amt am 7. Februar in Berlin, diese Forderung stehe aus Sicht des VBE nicht im Kontrast zur Kulturhoheit der Länder. Vielmehr würden Wege zur Finanzierung von strategischen Bildungsaufgaben eröffnet, um wirklich einer Bildungsrepublik näher zu kommen. Der KMK-Präsident und niedersächsische Kultusminister hatte auf dem Empfang erklärt, er sei nicht für eine Debatte über das Grundgesetz. Der KMK-Präsident kündigte an, dass die KMK im Oktober ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin haben werde.

Der Bildungsföderalismus stand auch bei einem Meinungsaustausch zwischen Udo Beckmann und MdB Patrick Meinhardt, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, am 11. Februar in Berlin im Mittelpunkt. Der VBE-Bundesvorsitzende sprach sich für Bildung als gesamtstaatlichen Auftrag aus. Der Kulturföderalismus sei sinnvoll, doch sei nicht einzusehen, dass zusätzliche Barrieren in Form des Kooperationsverbots aufgestellt werden müssten. Udo Beckmann verwies auf die Ganztagsschulinitiative. Diese sei ein erfolgreiches Beispiel dafür gewesen, wie Bund und Länder zusammen arbeiten könnten. Beckmann sprach sich für eine Ganztagsschulinitiative II und für ein Ende des Kooperationsverbotes aus. Der VBE plädiere dafür, die vorhandenen Gelder in Bund und Ländern zu bündeln und so zu investieren, dass tatsächlich mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht werden könne.

## VBE auf der didacta



Udo Beckmann (2.v.r.) im Podium von forum bildung über Inklusion. NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann zu Gast am VBE-Stand mit Gerhard Brand und Gerhard Freund vom VBE Baden-Württemberg (Bild r.)



Auf der didacta in Stuttgart, die vom 22. bis 26. Februar stattfand, präsentierten sich der VBE Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Bundesverband an einem attraktiven Stand in Halle 1. Für das abwechslungsreiche Standprogramm interessierten sich viele Besucherinnen und Besucher. Auf der Bildungsmesse boten 600 Aussteller eine Fülle von Anregungen und Materialien. „Leider können die meisten Schulen von dem ‚Tischlein-deck-dich!‘ nicht so profitieren, wie es den Schülern gut täte, weil sie chronisch unterfinanziert sind“, stellte Gerhard Brand, VBE-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und Bundesschatzmeister, resignierend fest.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

## Was haben deutsche Lehrkräfte mit dem islamischen Glauben zu tun?



**D**iese Frage hatten die Lehrkräfte, die an der ersten Veranstaltung der Fortbildungsreihe des VBE zum Lebenshintergrund muslimischer Schülerinnen und Schüler teilnahmen, für sich bereits vorher beantwortet: Sie wollen ihre Sicherheit im täglichen Umgang mit muslimischen Schülerinnen und Schülern, deren Eltern sowie Vertretern der islamischen Verbände erhöhen.

Dieses Ziel, so die einhellige Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ist voll erfüllt worden. Der Vortrag von Dr. Klaus Spenlen, Universität Düsseldorf, darüber, welche Glaubensinhalte das Leben von überwiegend türkisch- und arabischstämmigen Kindern und Jugendlichen prägen und sich auch in der Schule zeigen, führte zu einem vertieften Erfahrungsaustausch der Lehrkräfte über ihre Handlungsspielräume in der Schule: Ist „der Islam“ mit Grundkenntnissen über das Christentum besser zu verstehen? Lässt sich aus dem Koran ableiten, im Ramadan schulische Anforderungen zu mindern? Wer sozialisiert muslimische Mädchen und Jungen? Welche Erziehungsziele und -methoden verfolgen Koranschulen, Moscheen und islamische Verbände? Reproduziert der Koran Rollenklischees, insbesondere die stereotype Zuweisung von „typisch männlichen“ und „typisch weiblichen“ Eigenschaften und Verhaltensweisen? Habe ich

als Lehrkraft Chancen, eigene Erziehungsziele und Identifikationsangebote, evtl. auch gegen Elternwillen, dagegenzusetzen? Welches Verständnis für die Würde des Menschen oder ein anderes Grundrecht transportiert der Koran? Wie gehe ich mit Konflikten um, die sich daraus ggf. mit meinem Toleranzgedanken ergeben?

Diese kleine Auswahl von Fragen wurde engagiert und interessiert bearbeitet. Einhellig waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ansicht: Das erste Modul der Veranstaltungsreihe sollte alle Lehrkräfte, die muslimische Schülerinnen und Schüler unterrichten, ermutigen, an den Folgeveranstaltungen teilzunehmen. Denn dort geht es darum, wie Schulen es schaffen können, ihren Integrationsbeitrag für diese Kinder zu leisten, ohne Konflikte aus Unsicherheit auszuweichen und ohne ihren Kolleginnen und Kollegen noch mehr abzufordern.

**Die nächsten Workshops finden an den folgenden Terminen statt:**

**09.03.2011, 13.30 – 16.30 Uhr: Lebenswelten von Muslimen in Deutschland**

**11.05.2011, 13.30 – 16.30 Uhr: Schulische Problemfelder islamischer Religionsausübung**

**29.06.2011, 13.30 – 16.30 Uhr: Einführung von islamischem Religionsunterricht**

**Anmeldung unter: [www.vbe-bildungswerk.de](http://www.vbe-bildungswerk.de) Veranstaltung W6.**

**Vorankündigung:**

## Veranstaltungstag „MINT-Berufsorientierung“ am 17. Mai 2011 in Düsseldorf

**D**ie Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT NRW e. V. und die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW e. V. laden in Kooperation mit dem VBE-Bildungswerk zu einem gemeinsamen Veranstaltungstag „MINT-Berufsorientierung“ ein.

Adressaten sind die Studien- und Berufswahlkoordinatoren, MINT-Lehrkräfte und Schulleitungen von MINT-REAL und MINT-HAUPTschulen in NRW sowie entsprechende Vertreter von interessierten weiterführenden Schulen, mit einer MINT-Schwerpunktsetzung in der Sekundarstufe I.



Leitthema für die Veranstaltung ist die Frage „Wie lassen sich MINT-Aktivitäten sinnvoll mit Angeboten zur Berufsorientierung verknüpfen?“ Im Programm sind die Vorstellung von gelungenen Beispielen aus Sicht von Schulen und Unternehmen vorgesehen, sowie die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch in Workshops. Bitte merken Sie sich den Termin schon jetzt vor.

**Teilnahmegebühr: 25 Euro für Nichtmitglieder**

**15 Euro für Mitglieder des VBE**

Einladung und Programme werden Ende März verschickt.



### Kompaktkameras

Im Frühling kommen die Kameraangebote. Immer kleiner, leistungsfähiger und preiswerter, jedes Jahr gibt es gute Gründe, sich eine neue Kamera zu kaufen. Sparen kann man mit „alten“ Modellen. Wie in der Modebranche werden Vorjahresmodelle mit großen Preisabschlägen angeboten. So kostete z. B. die sehr gute Samsung ST5500 im Frühling 2009 ca. 350 Euro, Anfang 2011 wird sie bereits für unter 200 Euro angeboten. Aber auch aktuelle Modelle werden weit unter der Preisempfehlung verkauft. Der mehrfache Testsieger Panasonic Lumix DMC-TZ10 hat z. B. eine Preisempfehlung von 399,- Euro – der Verkaufspreis bei seriösen Internethändlern liegt bei ca. 250,- Euro! Vor einer Kaufentscheidung sollten in jedem Fall Testberichte zurate gezogen werden.

Dafür stehen viele Testportale

zur Verfügung, z. B.:

[www.testeo.de](http://www.testeo.de)

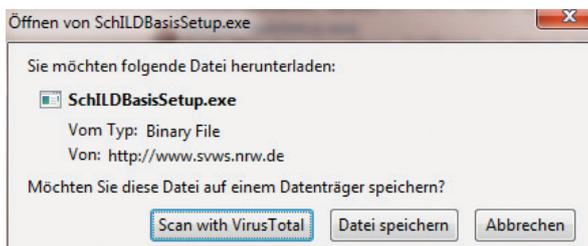
[www.testberichte.de](http://www.testberichte.de)

[www.test.de](http://www.test.de) (Stiftung Warentest)



### VTzilla

Haben Sie Angst vor Viren in Downloads? Mit VTzilla können Sie in Firefox schon vor dem Download überprüfen, ob die Datei Gefahren birgt. Leider werden die Ergebnisse nur in Englisch angezeigt. Um das Programm in Firefox einzubinden, müssen Sie es installieren. Nach Download und Entpacken finden Sie die Datei vtzilla.xpi auf Ihrem Rechner. Diese Datei können Sie in Firefox öffnen (Datei/Datei öffnen ...) und installieren. Beim nächsten Download finden Sie dann den Eintrag „Scan with VirusTotal“.



### Fahrrad-Navigation

Pünktlich zur ersten Frühlingstour bietet Falk ein Navigationsgerät für Fahrradfahrer an, das Navigation wie bei Kfz-Geräten ermöglicht. Das Modell „Ibex 30“ führt dank guten Kartenmaterials zuverlässig über Fahrrad- und Feldwege und meidet Hauptstraßen. Der Akku (Laufzeit ca. 6 Stunden) ist auswechselbar, bei längeren Touren ist ein Ersatzakku zu empfehlen. Der Preis von ca. 350 Euro ist allerdings noch hoch!

[www.falk-navigation.de](http://www.falk-navigation.de)

### Design-Router

Top-Leistung und dazu noch ein ausgefallenes Design. Der neue WLANRouter von Asus überzeugt. Das schwarze Hochglanzgehäuse mit Rautenmuster muss sich im Wohnzimmer nicht verstecken. Der Router bietet zwei USB-Buchsen, an die z. B. ein Drucker und eine externe Festplatte angeschlossen werden können. Allerdings ist kein Modem integriert, dieses wird jedoch meist vom Internetanbieter (T-Online, Vodafone usw.) kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Preis ist mit ca. 120 Euro noch hoch.

[www.asus.de](http://www.asus.de)



### Netbook

Netbooks sind für den mobilen Einsatz gedacht. Ein spiegelndes Display oder kratzempfindliche Gehäuse sind für den Außeneinsatz nicht geeignet. Ein besonders kratzfestes Gehäuse, das auch sicher vor Fingerabdrücken sein soll, bietet Samsungs „N150 Plus“. Das Display ist entspiegelt.

Technisch ist es auf der Höhe der Zeit, der Preis ist mit ca. 300 Euro günstig.

[www.samsung.de](http://www.samsung.de)



### Internet-Handy

Im High-End-Bereich stolpert Nokia derzeit von einer Pleite in die andere. Dafür läuft der Verkauf von Billig-Handys glänzend. Nun bringt Nokia im Frühling ein preiswertes UMTS-Handy auf den Markt. Das Modell C2-01 ist für den Internetzugang optimiert. Zudem sind eine Kamera (3,2 MegaPixel), ein Radio und Bluetooth mit an Bord. Leider fehlt die Möglichkeit, über WLAN ins Internet zu kommen. Der Preis ist mit ca. 80 Euro erfreulich niedrig.

[www.nokia.de](http://www.nokia.de)

## Umwelt-Tastatur

Nie mehr Batterien wechseln! Die neue kabellose Tastatur „K750“ von Logitech lädt die eingebauten Akkus durch Solarzellen.

Trotzdem ist sie nur sieben Millimeter flach und damit eine der dünnsten Tastaturen weltweit. Bei vollständiger Dunkelheit soll die Tastatur ca. vier Monate durchhalten, zum Aufladen bereits die Schreibtischlampe ausreichen. Außerdem wird die Tastatur ohne PVC gefertigt und in einer komplett recycelbaren Verpackung geliefert.



[www.logitech.de](http://www.logitech.de)

## Windows-Lebenszeit

Nutzen Sie noch Windows Vista Home oder Vista Ultimate? Dann gibt es ab dem 10.4.2012 keine Sicherheitsupdates mehr! Wenn eine Windows-Version nicht mehr verkauft wird, läuft der Support von Microsoft noch ca. 3 Jahre – dann ist Schluss! Nur die Firmenversionen (Business, Enterprise, Professional) laufen in der Regel länger. Das Sicherheitsrisiko sinkt jedoch, da „alte“ Versionen kaum noch Angriffsziel sind. Das „Ablaufdatum“ der aktuellen Versionen hat Microsoft so festgelegt:

Win XP Home/Prof.: 08.04.2014

Win 7 Home/Ultimate: 13.01.2015

Win Vista Bus./Enterpr.: 11.04.2017

Win 7 Professional: 14.01.2020

## Internet

Schon über 60 Jahre alt? Dann gehören Sie hoffentlich nicht zur Mehrheit der über 60-Jährigen. Die leidet nämlich an chronischen Schmerzen, die den Alltag beeinträchtigen. Die „Aktion Schmerz 60plus“ will durch Informationen und Tipps zur Schmerzreduzierung zu mehr Lebensqualität beitragen.

[www.schmerz60plus.de](http://www.schmerz60plus.de)

Erziehungsurlaub für Väter? Gibt es Vater-Kind-Kuren? Gibt es Gruppen für alleinerziehende Väter? Diese und andere Fragen werden hier beantwortet.

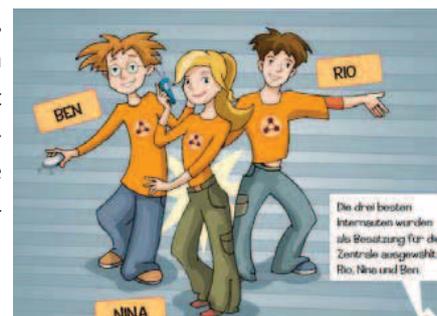
[www.vaeter-zeit.de](http://www.vaeter-zeit.de)

Hier können Texte eingefügt und auf Rechtschreibfehler überprüft werden. Bei Fehlern werden Korrekturvorschläge angezeigt.

<http://rechtschreibpruefung24.de>

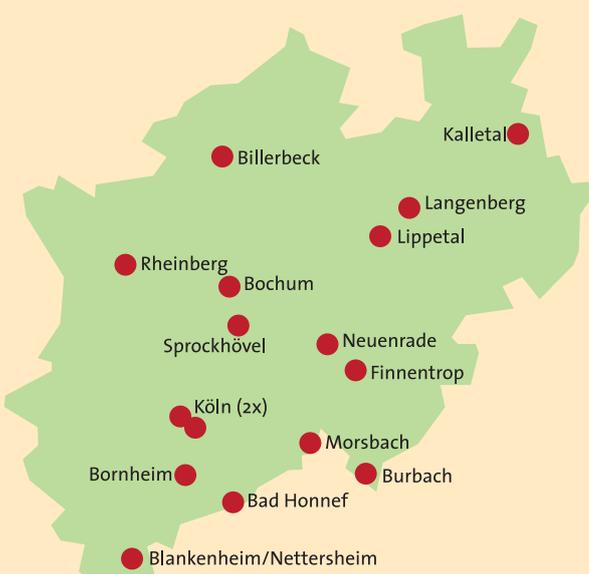
Kennen Sie Internauten? Rio, Nina und Ben kämpfen gegen das Verbrechen im Internet und suchen Mitstreiter. Dabei lernen Kinder das richtige Verhalten im Internet – spielerisch.

[www.internauten.de](http://www.internauten.de)



Die drei besten Internauten wurden als Botschaft für die Zentrale ausgewählt: Rio, Nina und Ben.

Rückmeldungen erwünscht! Schicken Sie Anregungen, Wünsche o. Anmerkungen an den Autor: [N.Ristic@gmx.de](mailto:N.Ristic@gmx.de)



## Richtigstellung:

Zu dem Bericht über die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Schule heute 2/2011, Seite 9, wurde in der Grafik irrtümlich der Ort Langenberg mit Velbert-Langenberg verwechselt. In der nebenstehenden Grafik finden Sie Langenberg, in dem eine Gemeinschaftsschule eingerichtet werden soll.

Exklusiv für die Mitglieder des VBE NRW  
und deren Angehörige:  
Rechtsschutz-Kombi-Paket  
bereits ab 9,52 Euro im Monat\*

## Sicherheit für den Fall der Fälle



**E**in Unfallgegner, der seine Schuld nicht eingesteht, ein Nachbar, der zu laut Musik hört, oder das Küchenstudio, das bei der beschädigt gelieferten Kücheneinrichtung auf stur schaltet. Schneller als man denkt, gerät man mit anderen Personen in einen Rechtsstreit. Das belegen auch die Zahlen: Rund neun Millionen Prozesse werden jährlich hierzulande geführt – Tendenz steigend. Um im Fall der Fälle abgesichert zu sein, können VBE NRW-Mitglieder und deren Angehörige über das dbb vorsorgewerk eine maßgeschneiderte Rechtsschutz-Absicherung abschließen.

Das maßgeschneiderte Rechtsschutz-Kombi-Paket, das Privat-, Berufs- und Verkehrsrechtsschutz beinhaltet, erhalten VBE NRW-Mitglieder über das dbb vorsorgewerk in Kooperation mit Jurpartner, Konzerntochter von ROLAND Rechtsschutz, zu besonders günstigen Konditionen:

- hohe Versicherungssumme
- geringe Selbstbeteiligung
- telefonische Rechtsberatung
- Spezialtarif für Mitglieder bereits ab 9,52 Euro im Monat\*
- 12 Monate Beitragsgarantie

Ein Prozess bedeutet nicht nur viel Ärger und Stress, sondern kann oft auch sehr teuer werden. Da ist es gut, wenn man einen zuverlässigen Partner hat, der Kosten übernimmt und Ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht. Mit einer Rechtsschutz-Versicherung müssen Sie nicht aus Kostengründen auf Ihr gutes Recht verzichten. Ein weiteres Argument für Sie: Als VBE NRW-Mitglied können Sie und Ihre Angehörigen vom besonders günstigen Spezialtarif profitieren.



Preiswert(er) wird der Rechtsschutz auch deshalb, weil die Mitglieder der dbb-Mitgliedsgewerkschaften bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten auf die Juristen der dbb-Dienstleistungszentren zählen können. Jurpartner ergänzt diesen Rechtsschutz im beruflichen Bereich. Schließlich würde es nur unnötige Kosten verursachen, dasselbe Risiko doppelt zu versichern! Für Familienangehörige kann der Arbeits-Rechtsschutz selbstverständlich zusätzlich abgedeckt werden.

Wer sich absichert, muss sich vor den hohen Summen, die ein langwieriger Rechtsstreit verschlingen kann, nicht fürchten. Das dbb vorsorgewerk bietet Ihnen individuellen Schutz – zugeschnitten auf Ihre Bedürfnisse.

Der Spezialtarif über das dbb vorsorgewerk ist halb so teuer wie der durchschnittliche Jahresbeitrag einer Rechtsschutzversicherung. Zahlen auch Sie zu viel? Wie viel Sie sparen können, rechnen Ihnen die Kolleginnen und Kollegen in der Kundenbetreuung des dbb vorsorgewerk aus. Diese sind montags bis freitags von 8:00 bis 18:00 Uhr telefonisch unter 01805 222 170 erreichbar. (0,14 Euro/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 Euro/Min.)

Weitere Informationen finden Sie auch unter: [www.dbb-vorsorgewerk.de](http://www.dbb-vorsorgewerk.de)

*\* Jahresbeitrag auf Monatsbasis für Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz ergänzend zu den Leistungen des dbb im beruflichen Bereich, SB 250 Euro.*

## Schulmesse, die Zweite!

**N**ach einem erfolgreichen Start im letzten Jahr veranstalten mittlerweile zehn Kreis- bzw. Stadtverbände ihre Schulmesse am 31.03.2011 im Schloss Borbeck in Essen. Geboten wird den Besuchern einerseits ein Überblick über das aktuelle Angebot vieler Firmen aus dem Bereich der Schule (Verlage, Lernmaterialienanbieter, Veranstalter von Klassenfahrten, usw.). Der zweite Schwerpunkt der Veranstaltung liegt bei den Workshops und Auführungen zum Thema „Missbrauch/Sexueller Missbrauch“. Präsentiert werden den Teilnehmern hier u. a. Autorenlungen, Theateraufführungen und Einblicke in Konzepte,



die sich im Unterrichtsalltag bewährt haben. Abgerundet wird das komplett kostenlose Programm der Schulmesse durch eine große Tombola, verschiedene Angebote für das leibliche Wohl und durch eine kleine Eröffnungsfeier mit Kinderchor und Begrüßungsworten u. a. von Ursula Enders Zartbitter Köln, und Udo Beckmann.

Weitere Informationen zur Schulmesse finden Sie unter [www.vbe-ob.de](http://www.vbe-ob.de).

Bei Fragen können Sie sich wenden an Bärbel Jansen, 0208/6989968 oder an Alfred Seidensticker, 0201/4781318.

*Alfred Seidensticker*

## ganz!treffend

### Ganztagsmesse für die Primarstufe und die Sekundarstufe I

Ganztagssschulen als Orte der  
Begegnung

25. Mai 2011

Zentralhallen Hamm

10:00 – 16:30 Uhr

**U**nter dem Motto „ganz!treffend – Ganztagssschulen als Orte der Begegnung“ veranstaltet die Serviceagentur „Ganztägig lernen in Nordrhein Westfalen“ ein gemeinsames Angebot des Schul- und Familienministeriums sowie der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und des Instituts für soziale Arbeit am 25. Mai 2011 eine Ganztagsmesse für die Primarstufe und die Sekundarstufe I in den Zentral-

hallen in Hamm. An über 70 Ausstellungsständen von Schulen, Kooperations- und Rahmenpartnern des Ganztags haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, Beispiele aus der Praxis zu erleben. Dabei werden schulformspezifische und schulformübergreifende Schwerpunkte aus Ganztagssschulen aufgegriffen. Vorträge, Diskussions- und Themenforen ergänzen das umfangreiche Tagesprogramm. Die Messe ist so gestaltet, dass Vertreterinnen und Vertreter aus allen Schulformen, Kommunen, Jugendhilfeeinrichtungen, freier Träger, Kultur, Sport zusammentreffen und sich austauschen können.

Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung unter [www.ganzttag.nrw.de](http://www.ganzttag.nrw.de).



täglich 9 - 18 Uhr  
Westfalenhallen 4 - 8  
[www.creativa.info](http://www.creativa.info)

Messe Westfalenhallen Dortmund

## 16.-20.03.11

### Freuen Sie sich auf ein tolles Jubiläumsprogramm!

- **Edition Wunschpapier – 30 Jahre CREATIVA**  
Jubiläumsaktion Papierschöpfen
- **Kleidung, Skulpturen, Objekte:**  
Experimentelle Kunst aus recyceltem Altpapier
- **Aktionsbühne**  
Internationale Mode, Kunst, Handwerk & Design
- **Forum Textile Handwerke**  
Initiative Erziehung, Unterricht und Ausbildung namhafter Gilden, Vereine und Aussteller
- **Puppen- & Bärenmarkt**  
Kreationen und Workshops nicht nur für Liebhaber und Sammler
- **PerlenExpo**  
Perlen über Perlen – Internationale Aussteller präsentieren außergewöhnliche Schmuckrends
- **fokus.kreatives.handwerk**  
Exklusives Forum für Kunsthandwerk
- **Spielen und experimentieren**  
Über 200 Brett- und Kartenspiele zum Ausprobieren
- **Meisterhafte Floristik**  
Natürliche Dekorationsideen für Zuhause

## Alterseinkünfte und Steuerrecht

**D**er VBE-Landesverband lud die Seniorenvertreter der St-/KV zu einer Veranstaltung des Referates Senioren am 9. November 2010 im VBE-Haus in Dortmund ein. Marc Kleischmann, Vorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft im BV Düsseldorf, referierte zum Thema „Alterseinkünfte und Steuerrecht – Eckpunkte der Steuerreform 2005“. Er informierte die 40 Teilnehmer u. a. zur Neuordnung des Sonderausgabenabzugs für Vorsorgeaufwendungen, zur Änderung der Rentenbesteuerung sowie die Kürzung von Freibeträgen. So können Vorsorgeaufwendungen zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung lediglich in Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung steuerlich geltend gemacht werden. Entsprechende Bescheinigungen werden den Versicherten von ihrer Versicherung jährlich zugestellt und können dann der Einkommensteuererklärung beigelegt werden. Renten unterliegen ab 2005 der sog. nachgelagerten Besteuerung. Bei Rentenbezug erstmals in 2005 waren 50 % der Rente steuerpflichtig und somit dem Einkommen zuzurechnen. Dieser Prozentsatz steigt dann von Jahr zu Jahr, für die Neurentner bis auf 100 % im Jahre 2040, wobei der Prozentsatz zu Rentenbeginn lebenslanglich erhalten bleibt. Der Werbungskostenpauschbetrag von 920.- Euro bis zum Jahre 2004 wurde auf 102.- Euro gekürzt. Für diese Kürzung gibt es als



Ingeborg Stein, Heinz Schneider; Referat Senioren

Ausgleich einen Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag, der im Jahre der Versetzung in den Ruhestand jeweils lebenslanglich festgeschrieben wird. Im Jahre 2005 waren dies 900.- Euro, er wird von da an kontinuierlich bis auf 0.- Euro im Jahre 2040 abgesenkt. Auch der Versorgungsfreibetrag wird bis zum Jahre 2040 auf 0.- Euro abgeschmolzen. Der im Jahre des Eintritts in den Ruhestand gewährte Freibetrag bleibt jedoch lebenslanglich erhalten. Im Jahre 2005 waren dies 40 %, max. 3.000.- Euro. Anders hingegen der Altersentlastungsfreibetrag für Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung/Verpachtung. Er wird von 40 % max. 1.900.- Euro in 2005 auf 0.- Euro in 2040 abgesenkt und nicht lebenslanglich festgeschrieben.

Anschließend berichtete Heinz Schneider, Leiter des Referates Senioren, über die Aktivitäten des Referates im zurückliegenden Jahr. Nachmittags informierte Udo Beckmann, VBE-Bundes- und Landesvorsitzender, die Seniorenvertreter über die Verbandsarbeit, insbesondere über den Modellversuch Gemeinschaftsschule, der ab 01.08. 2011 in einigen Kommunen starten wird.

Weitere Informationen unter

[www.vbe-nrw.de/Beruf/Senioren](http://www.vbe-nrw.de/Beruf/Senioren)

*Ingeborg Stein,  
Mitglied des Referates Senioren  
für den BV Düsseldorf*

## 40 Jahre Mitgliedschaft

**„E**inige kleine Fehler habe ich in meinem Leben gemacht. Aber dass ich vor 40 Jahren in den VBE eingetreten bin – das war kein Fehler.“ Mit diesen Worten nahm Gerhard Falk schmunzelnd und zugleich stolz die Ehrung für seine 40-jährige Mitgliedschaft entgegen.

„Treue, Engagement und Verlässlichkeit“ seien die Tugenden, die die sieben Jubilare auszeichne, betonte Ludger Großbrummel als Vorsitzender des VBE-Kreisverbandes Gütersloh im Rahmen einer gemütlichen Feierstunde. Im Namen des Landesverbandes zeichnete er sieben gestan-

dene Pädagogen mit der Ehrenurkunde und Ehrennadel für ihre langjährige Mitgliedschaft im Verband aus. Für seine 50-jährige Treue ehrte Kreisvorsitzender Großbrummel Winfried Schulte, der sich auch viele Jahre für die Pensionäre im Kreisverband Gütersloh engagiert hat. Seit 40 Jahren treue VBE-Mitglieder sind Gerhard Falk und Joachim Iglauer. Seit 25 Jahren halten Gisela Kintscher, Renate Platz, Anna Sagemüller und Ulrike Verhoven dem VBE die Treue.

**Wlfrid Wieneke**



Foto: Wlfrid Wieneke

Der Lehrerverband „Bildung und Erziehung“ im Kreis Gütersloh ehrte sieben langjährig engagierte Frauen und Männer für ihre Treue. Aufgrund zahlreicher Erkrankungen konnten nur (v. l.) Winfried Schulte (50 Jahre), Ulrike Verhoven (25) und Gerhard Falk (40) ihre Ehrung persönlich entgegennehmen.



## Ehrung und Neuwahlen



**B**eim VBE-Ortsverband Geldern konnte die Vorsitzende Annemarie Uellenberg-Etzbauer (Foto links) auch in diesem Jahr auf der Jahreshauptversammlung

langjährige VBE-Mitglieder ehren. Den auf der Versammlung anwesenden Jubilaren konnte sie für die langjährige Mitgliedschaft und Unterstützung ein herzliches Dankeschön aussprechen und ihnen ein kleines VBE-Präsent überreichen. Zu den Geehrten gehörten mit jeweils 30 Jahren Mitgliedschaft (v. r. n. l.) Maria Wulf, Marianne Kluth-Verweyen, Josef Valentin und Gertrud Nordmeier.

Im Verlaufe der Sitzung teilte die Vorsitzende Annemarie Uellenberg-Etzbauer mit, dass sie den Vorsitz wegen bevorstehendem Vorruhestand abgeben möchte. Daher wählte die Versammlung einige Positionen im VBE-Vorstand neu. Zur Vorsitzenden gewählt wurde Rita Biermann, zu ihrer Stellvertreterin wurde Eva van Eickels gewählt. Ebenfalls neu gewählt wurden zwei Beisitzer-Positionen. Diese nehmen Annemarie Uellenberg-Etzbauer und Bernd Lindenau ein.



## Autorenlesung mit Jürgen Banscherus

**D**ie VBE-Stadtverbände Essen, Mülheim und Oberhausen verlost im Dezember 2010 gemeinsam mit der Thalia-Buchhandlung Essen zum 2. Mal eine Autorenlesung, dieses Mal für Schulen der Sekundarstufe I, und dieses Mal mit dem bekannten und erfolgreichen Kinder- und Jugendbuchautor Jürgen Banscherus, der so erfolgreiche Bücher wie ‚Die Warnung‘, ‚Keine Hosenträger für Oya‘ und die ‚Detektiv Kwiatkowski‘-Reihe geschrieben hat.

Gewinner der Auslosung, die am 10.02.2011 stattfand, war die Hauptschule Alstaden in Oberhausen. Je ein großes Bücherpaket gewannen die Heinrich-Böll-Gesamtschule Oberhausen und die Gesamtschule Nord in Essen.



Eine Lehrerfortbildung zum Thema ‚Leseförderung (nicht nur für Jungs‘ gab es im Anschluss an die Lesung für alle interessierten Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen.

Im Übrigen wird Jürgen Banscherus bei der VBE-Schulmesse am 31.03.2011 in Schloss Borbeck in Essen aus seinem Buch ‚Davids Versprechen‘ zum Thema Kindesmissbrauch lesen.



## Unsere Jugendzeitschriften



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

gerne stelle ich Ihnen auf dieser Seite wieder die kommenden Ausgaben der vom VBE herausgegebenen Schul-Jugendzeitschriften vor. Wie Sie wissen, macht sich der VBE in einer langen Tradition für das Lesen stark. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir den Eltern unserer Schülerinnen und Schüler die altersgemäßen Kinder- und Jugendzeitschriften als geeigneten und pädagogisch wertvollen Lesestoff empfehlen. Ich bitte Sie daher, in Gesprächen mit den Eltern auf die positiven Effekte der vom VBE herausgegebenen Jugendzeitschriften hinzuweisen.

**Silke Eckart,**

**Schulleiterin, pädagogische Schriftleiterin für NRW**

### FLOHKISTE für die 1. Klasse



**Nr. 6**  
(erscheint am 7. März):

#### Wohnen

Nicht nur wir Menschen haben ein „Dach über dem Kopf“, auch Tiere suchen Schutz in einem Unterschlupf. Die Maus zieht

manchmal sogar bei uns im Haus ein. Aber unsere Räume wollen wir uns nicht mit ihr teilen.



**Nr. 7**  
(erscheint am 21. März):

#### Benimm dich!

Unser Benehmen ist für die anderen wie das Signal einer Ampel: Entweder sieht man ROT, wundert sich bloß oder

kommt einem genauso höflich entgegen.  
*Das Thema dieses Heftes ist 2. Lesefitness-Check!*

### FLOHKISTE für die 2. Klasse



**Nr. 6**  
(erscheint am 7. März):

#### Die Hecke im Frühling

Der Frühling packt die „Knospentäckchen“ der Sträucher und Bäume aus, Blätter und Blüten entfalten

sich. Der Lebensraum Hecke erwacht ...



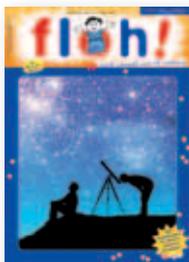
**Nr. 7**  
(erscheint am 21. März):

#### Adresse: Hecke

Besser ein Igel wandert Heckenstraßen entlang, um in unsere Gärten zu gelangen. Auf Menschenstraßen nützen ihm Einrollen und Stacheln nichts. Hecken sind tatsächlich „grüne Straßen“, auf denen viele Tiere von ihrem Lebensraum in die Landschaft wandern.

*Das Thema dieses Heftes ist 4. Lesefitness-Check!*

### floh! für die 3. und 4. Klasse



**Nr. 6**  
(erscheint am 7. März):

#### Schau ins All

Um einen Blick auf Sterne, Planeten und sogar ferne Galaxien zu werfen, muss man kein Wissenschaftler sein. Den Sternenhimmel kann jeder von uns zu jeder Tageszeit erschauen. In einem Planetarium!



**Nr. 7**  
(erscheint am 21. März):

#### Frühling

21. März, Frühlingsanfang! Doch manchmal zeigt der Winter auch jetzt oder sogar im April noch seine Zähne. Denn die Jahreszeiten halten sich eben nicht an den Kalender ...

*Das Thema dieses Heftes ist 4. Lesefitness-Check!*

**Unsere Jugendzeitschriften können Sie online oder per Fax unter [www.domino-verlag.de](http://www.domino-verlag.de) (entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!) bestellen.**

### ich TU WAS! - die Mitmach-Zeitschrift für Naturforscher

**Ausgabe 1 für die 1. bis 3. Schulstufe**



**März:**  
**Nicht zu übersehen: Frühling!**

Von heute auf morgen blühen Krokusse im Park, werden Knospen grün und tauchen auch sonst alle möglichen Frühlingsboten auf. Nicht zu übersehen –

wenn wir unsere Augen offenhalten!

**Ausgabe 2 ab der 4. Schulstufe**



**März:**  
**Höhlen**

Ewige Dunkelheit herrscht in der geheimnisvollen Welt der Höhlen. Wie entstehen ihre bizarren Hallen und Tropfsteine? Welche Tiere leben dort? Wie gefährlich ist die Arbeit eines Höhlenforschers? Und

welche Schauhöhlen kann man bei uns persönlich besichtigen? Tier des Monats: der Grottenolm!

### O!KAY! – die Englischzeitschrift vom FLOH

**Start with English**



**March:**  
**My toys**

*Teddy bear, car, ball, bricks, doll, game, paintbox, play figures* – diese Spielsachen lieben alle Kinder. Gut, wenn man die Begriffe auch auf Englisch kennt! Im neusten Heft üben die Kinder auf

den Have-fun-Seiten, dem Actionposter und mithilfe der Hörspiel-CD spielerisch die neuen Wörter zum Thema „Meine Spielsachen“.

**Go on with English**



**March:**  
**My family**

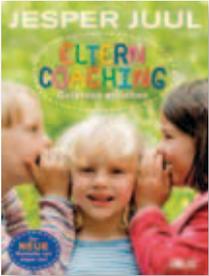
Alle Familienmitglieder aufzählen? Auf Englisch? Kein Problem für unsere Schüler! In der März-Ausgabe rund um das Thema „My family“ kommen sie alle vor: *mum, dad, brother,*

*sister, grandma, grandpa, aunt and uncle.*

### Jesper Juul Elterncoaching

Gelassen erziehen

Beltz Verlag 2011, 272 Seiten  
ISBN: 978-3-407-85920-4, Preis: 17,95 EUR



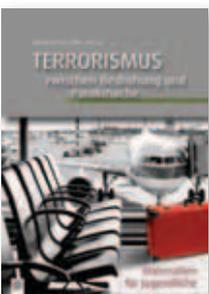
Jesper Juul bestärkt Eltern auf seine unnachahmliche Art, einen neuen, gelassenen Zugang zum alltäglichen Familienchaos zu finden. Kinder brauchen keine perfekten Eltern, aber sie brauchen Eltern, die wie Leuchttürme sind: Mütter und Väter, die ihnen Orientierung bieten und die respektvoll ihre Verantwortung in der Familie ausfüllen.

Ist Gleichberechtigung der Schlüssel zu einem freundlichen Familienklima? Wie findet man im täglichen Umgang mit den Kindern sein Gleichgewicht im Leben? Besonders hebt der berühmte Familientherapeut in seinen Gesprächen mit Eltern hervor, dass nicht nur die liebevolle Beziehung zwischen den Eltern und den Kindern, sondern auch die Qualität der Elternbeziehung maßgeblich zur Erziehung beiträgt.

### Michael Bechtel, Volker Thomas Terrorismus – zwischen Bedrohung und Panikmache

Materialien für Jugendliche

Verlag An der Ruhr 2011  
1. Auflage, 119 Seiten  
ISBN: 978-3-8346-0832-1, Preis: 21,90 EUR



Die Anschläge am 11. September 2001 sorgten weltweit für Entsetzen – sie wurden zum Symbol für den Terrorismus. Auch heute, 10 Jahre danach, ist der Terror noch ständig präsent. Immer neue Anschläge gehen durch die Medien: Es ist traurige Realität, dass der Terrorismus auch in Zukunft ein brisantes Thema bleiben wird. Die regelrechte Flut der Medienberichte und Meinungen ist gerade für Jugendliche oft völlig undurchsichtig. Viele von ihnen waren zum Zeitpunkt der Anschläge noch zu jung, um sich zu erinnern.

Es ist umso wichtiger, den Unklarheiten und Unsicherheiten mit ganz konkreten Informationen und Antworten zu begegnen – damit die Angst vor dem Terror nicht in allgemeinen Vorurteilen dem Islam gegenüber gipfelt.

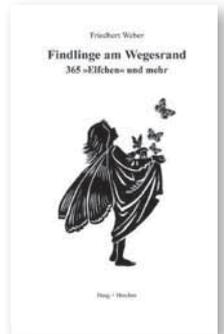
### Friedbert Weber Findlinge am Wegesrand

365 „Elfchen“ und mehr

Ausgabe 2010, 100 Seiten  
ISBN: 978-3-89846-623-3, Preis: 12,00 EUR

»Elfchen« sind eine besondere Kunstform: Gedichte sind damit gemeint, die aus einer formal festgelegten Reihung von elf Worten bestehen, daher »Elfchen«. Da Elfchen natürlich thematisch nicht eingeschränkt sind, bieten sie eine ungeahnte Spielweise.

Einmal vom Elfchenfieber angesteckt, entdeckt jeder rasch, welche Freude es bereitet, sich dieser Kunstform zu widmen. Keine Altersbeschränkung – Elfchen sind für Groß und Klein anregend, ein Spaß und eine kleine Schulung sowie Geistestraining.



### Claudia Hidding-Kalde Das Programm «Reflexives Lernen» in Schulentwicklung und Lehrerfortbildung

Studien zur Gründungs- und Aufbauphase  
einer Grundschule

Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles,  
New York, Oxford, Wien, 2010, 321 S.  
ISBN: 978-3-631-60832-6, Preis: 49,80 EUR

Im aktuellen erziehungswissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskurs werden die Bereitschaft und Kompetenz zur Reflexion des eigenen pädagogischen Denkens und Handelns als wichtiges Element der Lehrerbildung und als «Schlüssel zur Professionalität im Lehrerberuf» angesetzt: Lehrer sollen ihre pädagogische Praxis bewusst wahrnehmen, erforschen und kritisch reflektieren können, um ihre Schularbeit zu verbessern. In die Diskussion um eine theoretische Begründung und empirische Absicherung dieser Forderungen greift diese Untersuchung ein. Sie stellt zum einen das Programm «Reflexives Lernen» vor, so wie es in Lehrerbildungsprojekten entwickelt und erprobt wurde, und erörtert differenziert in «Programmsätzen» seine Ziele, Gelingensbedingungen und Vollzugsformen. Zum anderen wird seine Funktion für eine pädagogisch orientierte Schulentwicklung im Rahmen eines konkreten Reformvorhabens dokumentiert, analysiert und im Hinblick auf Konsequenzen für Schulreform und Lehrerbildung, insbesondere für die Kooperation von Universität und Einzelschule, diskutiert.



### TU WAS! Forscherkartei:

## „Erforsche den Sternenhimmel“



**I**n dieser Kartei dreht sich alles um Sonne, Mond und Sterne – und wie man sie richtig am Himmel beobachtet. Sie enthält Planeten-Steckbriefe, ein Mondporträt, Himmelskarten und auch Tipps zur ersten Ausrüstung für junge Sternengucker.

Themen der Karteikarten sind u. a. unterschiedliche Sternenhimmel (Frühling, Sommer, Herbst, Winter), diverse Sternbilder, Sternschnuppen, Sonnenbahn, Entstehung der Jahreszeiten, Sonnensystem, Planeten, Anleitung zum Bau eines Planetenweges und eines Erde-Mond-Modells, Kometen, Mondbahn, Mondphasen, Entstehung von Mond- und Sonnenfinsternis, Anleitungen zur Himmelsbeobachtung, zum Basteln einer Sommersonnenuhr, zum Basteln einer drehbaren Sternkarte, Anschriften von Sternwarten, Planetarien und Astrovereinen.

*Kartei (40 Karten, DIN A 5)*

*Best.-Nr. 516611*

*Preis: 12,90 Euro*

### TU WAS! Forscherkartei:

## Feuer, Wasser, Luft und Erde“



**D**ie vier Elemente als die Bausteine der Welt? Diese alte Vorstellung ist in ihrer Einfachheit und Ganzheitlichkeit ein gutes Erklärungsmodell, um mit Kindern interessanten Naturphänomenen auf die Spur zu kommen. Die Kartei bietet dazu eine Fülle von Forscherideen und Anleitungen zum Experimentieren.

*Kartei (40 Karten, DIN A 5)*

*Best.-Nr. 516617*

*Preis: 12,90 Euro*

### Naturphänomenen auf der Spur

## Wetterwerkstatt



**W**ie wird das Wetter? Es gibt wohl kaum eine Frage, die sich die Menschen öfter stellen. Wetter lässt sich jeden Tag beobachten, erfahren und erfühlen. Ein Schritt vor die Tür genügt, um mitten im Wettergeschehen zu sein. Wetter ist für alle Lebewesen von entscheidender Bedeutung.

Je intensiver sich Kinder mit den verschiedenen Phänomenen des Wetters beschäftigen, desto mehr werden sie auch sensibilisiert für die Zusammenhänge zwischen Wetter, Klima und Umwelt.

*DIN A4, 58 Seiten mit Projekten rund um das Thema „Wetter“*

*Best.-Nr. 518017*

*Preis: 7,90 Euro*

## Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH  
Westfalendamm 247  
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61  
(mo. bis do. 9.30 – 15.30 Uhr,  
freitags 10.30 – 13.30 Uhr)  
Telefax: 0231 – 43 38 64

[www.vbe-verlag.de](http://www.vbe-verlag.de)  
mit Online-Shop  
[info@vbe-verlag.de](mailto:info@vbe-verlag.de)



Verband Bildung und Erziehung  
Landesverband NRW